

Einzelpreis 70 Heller.

Redaktion und Verwaltung:
Wollfsoos nam. 32.

Telephon:
Redaktion: 6
Nachredaktion: 6...

Postfachamt: 57544.

Inserate werden laut Tarif
billig berechnet. Bei öfteren
Einschaltungen Preisnachlaß.

Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Bestellung ins Haus oder
bei Bezug durch die Post:
monatlich . . . Kf 16.—
vierteljährlich . . . 48.—
halbjährig . . . 96.—
jährlich . . . 192.—

Rückstellung von Manu-
skripten erfolgt nur bei Ein-
bindung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme
des Montag täglich früh

3. Jahrgang.

Donnerstag, 6. Dezember 1923.

Nr. 285.

Die Wahlschlacht in England.

Heute finden in einem der mächtigsten Länder der Welt, in dem Mutterlande des größten Imperiums, das die Geschichte der Neuzeit kennt, die Wahlen in das Unterhaus statt. Sie werden unter dem alten Schlagwort „Freihandel oder Schutzzoll“ ausgetragen. Auf der einen Seite stehen die bisherigen Machthaber, die konservative Regierung, welche die Lösung der schwierigen Wirtschaftsprobleme Englands im Schutzzoll sehen, auf der anderen Seite die bürgerlichen Freihändler, die sich um die liberale Partei gruppieren und vor allem die englische Arbeiterpartei, die Hoffnung des englischen Proletariats und der Arbeiter aller übrigen Länder, welche nach dem Kriege einen so glänzenden Aufschwung genommen hat.

Schon in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts wurde das innerpolitische Leben Englands von der Frage „Schutzzoll oder Freihandel“ beherrscht. Insbesondere die Getreidezölle standen im Mittelpunkt des Kampfes. Die englischen Grundbesitzer, die konservativen Landlords, hielten zähe an den Schutzzöllen für Getreide fest, weil sie von der Konkurrenz des amerikanischen Getreides eine Schmälerung ihrer Profite befürchteten. Auf der anderen Seite standen die liberalen Fabrikanten, die von der Beseitigung der Getreidezölle mit Recht eine Senkung der Lebenshaltungskosten der Arbeiter erwarteten und infolge der billigeren Produktionsbedingungen erhofften, der englischen Industrie, der englischen Baumwoll- und Eisenwaren die Herrschaft auf dem Weltmarkt zu sichern. Dieser Kampf endete mit der Aufhebung der Kornzölle im Jahre 1846, mit dem Siege der liberalen Bourgeois über die konservativen Landjunker, und diese Entscheidung leitete jene Periode „berauschenden Reichtums“ ein, von der Gladstone, der Führer der Liberalen, in seiner berühmten Budgetrede sprach.

Als Gegen Ende des neunzehnten Jahrhunderts die Industrialisierung des europäischen Kontinents immer weiter fortschritt, als insbesondere die deutsche Industrie mit Erfolg der englischen Industrie den Weltmarkt streitig machte, da erwachte die Schutzzollbewegung von neuem und verband sich mit der Idee des britischen Imperiums, das heißt, man wollte aus England und den Kolonien eine Welt für sich machen, England sollte seine Kolonien mit industriellen Artikeln versehen und die Kolonien dem Mutterlande Lebensmittel und industrielle Rohprodukte liefern. England und seine Kolonien sollten durch eine hohe Schutzzollmauer von der übrigen Welt abgeschlossen werden, der englische und der Kolonialmarkt für die englische Industrie reserviert bleiben. Zum Verkünder dieser Idee ward Josef Chamberlain, die Wahlen von 1906 fanden unter dieser Parole statt, endeten aber mit dem Siege des Manchesterliberalismus, mit dem Siege der Freihändler, die von der Überlegenheit der englischen Industrie nicht nur die Gewinnung der Märkte der englischen Kolonien, sondern des gesamten Weltmarktes erhofften.

Als aber Deutschlands industrielle Entwicklung auch im zwanzigsten Jahrhundert immer stürmischer vorwärtsschritt, und Deutschlands Waren auf allen Märkten der Welt erschienen, da unternahm England den Versuch, der ihm von der brutalen Ungeheuerlichkeit der deutschen Diplomatie so unendlich leicht gemacht wurde, den deutschen Konkurrenten durch den gewaltigsten Krieg der Weltgeschichte, unerschütterlich zu machen. Wohl ist es England gelungen, seine strategischen Ziele zu erreichen und Deutschland auf die Knie zu zwingen. Aber die Voraussetzung gewisser englischer Kreise, daß der Krieg eine falsche Rechnung sei, daß kein Krieg sich bezahlt mache, nicht einmal ein stegreicher, hatte sich als richtig erwiesen. Die Rechnung der englischen Imperialisten dagegen hatte sich als falsch erwiesen. Wohl wurde Deutschland besiegelt, aber der wirtschaftliche Niedergang besiegelt nicht nur Deutschlands Konkurrenz, son-

Das Ermächtigungsgesetz angenommen

Die Erklärung der Sozialdemokraten.

Berlin, 5. Dezember. (Eigenbericht.) In der heutigen Reichstagsdebatte über die Rede des Reichskanzlers begründete Genosse Scheidemann den Beschluß der sozialdemokratischen Fraktion, für das Ermächtigungsgesetz zu stimmen. Entscheidend war dabei die Erwägung, daß von der Lösung des Finanzproblems das Schicksal des ganzen deutschen Volkes abhängt, eine weitere Verzögerung müßte die Erschütterung der verfassungsmäßigen Grundlagen des Reiches zur Folge haben. Die sozialdemokratische Fraktion behält sich die sachliche Stellungnahme zu allen Maßnahmen der Regierung vor, sie muß aber schon jetzt erklären, daß sie die neuen Steuerbestimmungen für unzulänglich betrachte, umso mehr sie eine einseitige Belastung der minderbemittelten Volksschichten bewirken müßte. Die Regierung dürfe vor einem energischen Eingriffe in die Vermögenssubstanz nicht zurückweichen. Die Sozialdemokraten verlangen, daß sobald als möglich durch Neuwahlen das Volk darüber befragt wird, in welchem Geiste die deutsche Politik geführt werden soll. Vorher aber müsse der militärische Ausnahmezustand aufgehoben und den deutschen Volksgenossen am Rhein und an der Ruhr das Recht gesichert sein, unbeteiligt an den Wahlen teilnehmen zu können.

Die Reichstagsdebatte.

Berlin, 5. Dezember. (Wolff.) In der heutigen Sitzung des Reichstages wurde mit der Besprechung der gestrigen Erklärung des Reichskanzlers die erste Lesung des Ermächtigungsgesetzes verbunden. Der Sozialdemokrat Scheidemann gab folgende Erklärung ab:

Die sozialdemokratische Fraktion ist mit Rücksicht auf den ungeheuren Ernst der innen- und außenpolitischen Lage, die sofortige wichtige Entscheidungen fordert, zu dem Ergebnis gekommen, dem von der Reichsregierung befristeten Ermächtigungsgesetz zuzustimmen mit der Maßgabe, daß einer Verletzung des Reichstages dieselbe Mitwirkung zugesichert wird wie dem Reichsrat.

Abg. Dr. Kaas (Zentrum), der den Eintritt der bayerischen Volkspartei in die Regierung begrüßte, führte u. a. aus: Mit Recht sieht die neue Regierung die Währungs- und Finanzfrage als den Kern ihrer Arbeit an. Wir sind grundsätzlich damit einverstanden, daß die Frage des Verhältnisses zwischen Reich und Ländern einer erneuten Prüfung unterzogen wird. Wir haben zu dem Reichskanzler, der selbst geborener Rheinländer ist, das Vertrauen, daß er seinen höchsten Ehrgeiz in die Vertretung der Interessen und in die Erhaltung des Deutschtums der besetzten Gebiete setzen wird.

Als Vertreter der besetzten Gebiete erklärte ich hier, wo es das gesamte Ausland hört, niemals war in den weitesten Kreisen des deutschen Volkes der Wille, auch um den Preis schwerer, bis an die Grenzen des eigenen

nationalen Seins gehender Opfer zu einer Verständigung mit dem Gegner, in erster Linie mit Frankreich, zu kommen, so stark wie heute.

Deutschland ist zur Verständigung bereit, aber nur, wenn eine Grenze eingehalten wird, die für jeden eine Selbstverständlichkeit ist, einmal die Rücksicht auf unsere tatsächliche Leistungsfähigkeit, dann aber die Wahrung der Reichseinheit, die preisgegeben wir unter keinen Umständen bereit sind. In Frankreich ist immer mehr der Sicherungsgedanke gegenüber dem Reparationsgedanken in den Vordergrund. Die Rückerinnerung an die napoleonische Zeit sollte genügen, um Frankreich vor dem militärischen Wege zu diesem Ziel zurückzuführen zu lassen. Eine Dauerlösung ist nur mit Zustimmung der ganzen Welt möglich. Der Einmarsch nach Belgien hat uns die Sympathien der Welt gekostet. Das Rheinland ist aber drauf und dran, zum Belgien der Nachkriegszeit zu werden, wenn die Franzosen mit den bisherigen Methoden weiter arbeiten.

Abg. Dr. Scholz (Deutsche Volkspartei) betonte die Forderung nach Neuwahlen sei verständlich, man müsse aber die katastrophale Verschlechterung der außenpolitischen Lage bedenken, die sich daraus ergeben würde. Die Deutsche Volkspartei werde das neue Kabinett in jeder Richtung hin unterstützen.

Der deutschnationale Abg. Herat erklärte, daß das Volk die Hoffnung auf eine kommende Wendung nur darin sehen könne, daß rechtsgerichtete Kreise bestimmenden Einfluß auf die Regierung bekämen. Die Deutschnationalen könnten der

politik wieder die Idee des englischen Imperiums, eines Weltreiches, in dem nur der englische Fabrikant herrschen soll, eine patriotisch-chauvinistische Idee, welche die Massen des Kleinbürgeriums und die etwa noch im Panne der bürgerlichen Politik stehenden Arbeiter an die konservativen fesseln und die bürgerliche Welt vor dem Ansturm des Sozialismus retten soll.

Die englische Arbeiterpartei, der sich in der letzten Zeit hervorragende Männer des englischen Geisteslebens angeschlossen haben, hat den Kampf gegen die mächtigste Bourgeoisie der Welt aufgenommen. Der Idee des Schutzzolles steht die englische Arbeiterschaft entgegen die Idee der Wiederaufrichtung der zerstörten europäischen Welt, des Wiederaufbaues der Weltwirtschaft. Wenn die kontinentale Wirtschaft wieder ausgerichtet wird, dann wird auch Englands Handel wieder belebt werden.

So hängt von dem Ausgang der englischen Wahlen nicht nur die Frage ab, welche Macht die englische Arbeiterschaft in den nächsten Jahren in dem gewaltigen Weltreich ausüben wird, sondern das Ergebnis der Wahlen wird auch entscheidend sein für die europäische Politik und insbesondere für Deutschlands Zukunft. Eine Niederlage der englischen Schutzzöllner wird auch zu einer Niederlage Poincares, der stärksten treibenden Kraft der europäischen Reaktion. Es ist die Sache des internationalen Proletariats, die Sache des menschlichen Fortschrittes, für die Englands Arbeiter kämpfen.

jetzigen Regierung kein Vertrauen entgegenbringen und dem Ermächtigungsgesetz nicht zustimmen.

Abg. Haas (Demokrat) betonte die ruhige Überlegung des Reichskanzlers, die für das Vertrauen der Demokraten mitbestimmend sei. Er trat für eine Politik der Verständigung zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft ein und forderte die Sozialdemokraten dringend auf, den Mittelparteien die Fortführung der bisherigen Politik nicht unmöglich zu machen. Die Haltung der Demokraten werde sich nach den Taten der Regierung richten. Redner forderte die Wiederherstellung der Finanzhoheit der Länder. Der Ausnahmezustand dürfe nur vorübergehend sein.

Abg. Leicht (Bayerische Volkspartei) stimmte dem Ermächtigungsgesetz zu, spricht aber die Erwartung aus, daß die Regierung, die in dem bayerischen Antrag dargelegten föderalistischen Wünsche berücksichtige und betont, daß der Eintritt Doktor Emmingers in das Kabinett keine Bindung für die Fraktion bedeute.

Nachdem noch Vertreter der anderen kleineren Parteien des Reichstages gesprochen hatten, wurden die einzelnen Paragraphen des Gesetzes, einschließlich des Kompromissağabs, angenommen. Gegen das Gesetz stimmten die Kommunisten und die Deutschnationalen. Bei den Sozialdemokraten bemerkte man große Übeln. Morgen wird die dritte Lesung des Ermächtigungsgesetzes vorgenommen werden. Außerdem wird über einen kommunistischen Mißtrauensantrag gegen das Kabinett Warr abgestimmt werden.

Preußen weicht nicht vom Rhein.

Berlin, 5. Dezember. (Wolff.) Im preussischen Landtag erklärte Ministerpräsident Brauns a. a.: Die französische Rheinlandpolitik sei nicht darauf gerichtet, die preussische Rheinprovinz zu einem selbständigen deutschen Staat zu machen, sondern sie wolle die Trennung dieses Gebietes vom Reich. Die Verhandlungen, die zur Zeit von Ausschüssen politischer Parteien und wirtschaftlicher Vereinigungen im besetzten Gebiet geführt werden, bewegen sich nach den vorliegenden Meldungen nicht immer in dem Rahmen der deutschen Reichs- und preussischen Staatsverfassung. Leider sei festzuhalten, daß bei den Verhandlungen des Rünzschtransschusses mit dem Vorstehen der Rheinlandkommission die politischen und staatsrechtlichen Fragen über die praktische Umgestaltung des Rheinlandes mehr erörtert worden seien als die wirtschaftlichen und sozialen. In gewissen Kreisen werde bereits von einem selbständigen Staatgebilde am Rhein gesprochen und man trage sich sogar mit Plänen auf Einbeziehung jetzt noch unbesetzter preussischer und hessischer Gebiete. Allen diesen Bestrebungen werde die preussische Staatsregierung den entschiedensten Widerstand entgegenstellen. Als werde die preussische Landesregierung ihre Hoheitsrechte über die Rhein- und Ruhrlandes preisgeben. Die Staatsregierung lehne jede territoriale Änderung und jede Beeinträchtigung der preussischen Hoheitsrechte nachdrücklich ab und besinne sich damit in Uebereinstimmung mit der Bevölkerung.

Vor normalen Zuständen im besetzten Gebiete.

Paris, 5. Dezember. Der Düsseldorfer Berichterstatter der „Chicago Tribune“ behauptet aus Anlaß des gestrigen Beschlusses der französischen Regierung, daß die gegenwärtige Esselschwärze der französischen Besatzungstruppen allmählich auf ein Minimum von 10.000 Mann herabgesetzt werden soll. Die deutsche Regierung wird an allen Zollstationen, öffentlichem Gewalten und übrigen Nennern wieder tätig sein. Der französische Generalkommandant wird von Düsseldorf nach Mainz verlegt werden. Der eigentliche Industriebezirk wird wieder genau in den Zustand versetzt werden, wie vor der Besetzung. Der Berichterstatter will in diesem Sinne von einer sehr hochstehenden französischen Persönlichkeit informiert worden sein.

Die Arbeitslosigkeit in Berlin.

Berlin, 5. Dez. Die Zahl der Arbeitslosen vermehrte sich in erschreckender Weise. In der vorigen Woche ist sie in Berlin um 18.617 in die Höhe gegangen. Bei den Arbeitsnachweiser waren über 274.000 Personen als arbeitslos eingetragen. Als Kurzarbeiter waren 137.000 Personen gemeldet, 17.000 mehr als in der Woche vorher.

Der Kampf um den Wahlkündentag.

Berlin, 5. Dezember. (Eigenbericht.) Im Berliner Transportgewerbe droht der Ausbruch eines ersten Konfliktes. Trotzdem hier schon längst mehr als acht Stunden gearbeitet wird, wollen die Unternehmer als Antwort auf die von den Arbeitern geforderte Erhöhung der Löhne die Arbeitszeit allgemein auf neun Stunden verlängern. Die Gewerkschaften wollen den Schlichtungsausschuss zur Herbeiführung eines Schiedsspruches anrufen, unter den Arbeitern dagegen herrscht die Meinung vor, daß der Angriff der Unternehmer auf die Arbeitszeit durch einen Streik abgewehrt werden muß.

Die Bergarbeiter stimmen dem Ueberstundenabkommen zu.

Böhm, 4. Dezember (Wolff.) Eine Konferenz des deutschen Bergarbeiterverbandes hat heute den Vorschlag des Verbandesvorstandes, wonach sich die Konferenz grundsätzlich mit einem Ueberstundenabkommen einverstanden erklärt, andererseits aber den Verbandsvorstand beauftragt, sofort energische Versuche zur Verbesserung des Abkommens zu machen, angenommen.

Nach einer Blättermeldung aus Gelsenkirchen stimmten auch die politischen Berufsvereinigungen und auch die Hirsch-Dunckerischen Gewerkschaften dem Abkommen zu.

Mit allen verfügbaren Mitteln . . .

Berlin, 5. Dezember. (Wolff.) Wie der Polizei bekanntgeworden ist, beabsichtigen die Kommunisten morgen (Donnerstag) Demonstrationen großen Stiles an verschiedenen Stellen der Stadt, besonders im Lustgarten, zu veranstalten. Die Polizei wird einem derartigen verbotswidrigen Treiben mit allen verfügbaren Mitteln (!) entgegenzutreten.

Dresden, 5. Dezember. (Wolff.) Die Kommunisten hatten versucht, im Geheimen ein Parteiblatt herauszugeben. Als die Polizei davon Kenntnis erhielt, befehlet sie die Druckerei und verhafteten den Redakteur, zwei Schriftsetzer und eine vierte Person. Eine Handdruckpresse und anderes Material wurden beschlagnahmt.

Wanne, 5. Dezember. (Wolff.) Die Belegschaften mehrerer Zechen rühten heute vormittag vor das Rathaus und verlangten die Auszahlung der Erwerbslosenunterstützung in doppelter Höhe der staatlichen Sätze. Unterdessen griffen die Erwerbslosen mit Revolvergeschüssen und Steinwürfen die Polizei an, die darauf von der Schußwaffe Gebrauch machte. Vorläufig wurden 7 tote und etwa 30 mehr oder weniger Verletzte festgestellt. Die Besatzungstruppen stellten die Ruhe wieder her und besetzten das Rathaus.

Eine feine „Stütze“ der Republik.

Die ärgsten Republikfeinde füllen die Reichswehr.

Berlin, 5. Dez. In den gestrigen Verhandlungen vor dem Reichsrat verlas auch der Oberpräsident der Provinz Sachsen Abg. Hörsing (Soz.-Dem.) eine längere Erklärung, in der er auf die wachsende Arbeitslosigkeit hinwies und erklärte, die Regierung Stresemann habe nichts dagegen getan, im Gegenteil die kapitalistischen Kreise gestützt, welche durch Massenentlassungen die Arbeitslosigkeit noch vermehrt haben. Der Belagerungszustand bestehe gegen Gesetz und Recht. Während kommunistische, sozialdemokratische und parteilose republikanische Beamte von einem Reichswehrkommandeur entfernt werden, sehe man, daß die Reichswehr mit den ärgsten Feinden der Republik aufgefüllt wird, mit Leuten von den Organisationen „Stahlfelut“, „Jungdeutscher Orden“ usw.

Ein Hitler-Batistik verurteilt.

München, 5. Dezember. Der im Zusammenhang mit dem Hitlerputsch verhaftete ehemalige Justizminister Dr. Roth, dessen Sündenlastung erst vor wenigen Tagen vom bairischen Landtage mit Mehrheit abgelehnt wurde, ist am Dienstag abend zur Regelung familiärer Angelegenheiten vorläufig aus dem Gefängnis entlassen worden.

Anklings Regierungserklärung.

München, 5. Dezember. Die seit einer Woche mit einiger Spannung erwartete Regierungserklärung des Ministerpräsidenten von Anklings wurde heute im ständigen Ausschusse des Landtages abgelesen. Die erste Hälfte der Rede beschäftigt sich eingehend mit den politischen Vorgängen seit Einsetzung des Generalstaatskommissariats, also seit dem 24. September, ohne indeß neue Gesichtspunkte zu bringen. Der Fall Vossow und damit der Konflikt mit dem Reich wird in einer für Bayern ehrenvollen Erledigung in nächster Zeit aus der Welt geschafft, indem dem General Vossow außerbairische Teile der Reichswehr mitunterstellt werden. Die Vorgänge am 8. und 9. November bezeichnet Anklings als Wildwestdrama, das sich nur deshalb ereignen konnte, weil damals der Polizeinachrichtendienst und alle Polizeivorkaufsmaßnahmen versagt haben. Für die Führer des Putsches gäbe es keine Amnestie, sondern eine gerechte Strafverfolgung vor bairischen Richtern, aber nicht im Geiste der Rache, damit eine vollständige Klarstellung der Ereignisse erreicht werde.

Am Schlusse seiner Rede fordert Anklings für das Reich eine nationale bürgerliche Regierung, die frei von jedem sozialistischen Einfluß ist. Die bairische Regierung sieht ihre dringendste Aufgabe darin, an die neue Reichsregierung alsbald mit ihrer Forderung wegen des verfassungsmäßigen Ausbaues des Reiches auf der Grundlage des Bismarckschen Bundesstaates heranzutreten. Es handle sich dabei um Rückgabe der Finanz-, Verkehrs- und Militärhoheit an die einzelnen Länder. Zur bairischen Regierungskrise brachte die Rede nichts Neues, außer, daß sie in einer kurzen Andeutung dem Innenminister Dr. Schweyer ein unzweideutiges Mißtrauen ausdrückte. Eine weitere Klärung der Krise, die durch den Rücktritt des Finanzministers noch komplizierter wurde, ist im übrigen noch nicht erfolgt.

Die österreichische Regierung und die Beamten.

Wien, 4. Dezember. (Eigenbericht.) Gestern und heute haben zwischen der Regierung und den Beamten Verhandlungen wegen der Forderungen der Beamten stattgefunden. An diesen Verhandlungen nahmen auch die sozialdemokratischen Abgeordneten teil. Die Verhandlungen drehten sich darum, daß die Beamten forderten, es möge die Berechnungsgrundlage für die Befoldungsreform dahin geändert werden, daß die Beamten statt der bisherigen 158 Märzbezüge 165 Märzbezüge erhalten. Heute mittags verließen die sozialdemokratischen Abgeordneten das Verhandlungslokal, da die Regierung in dieser wichtigsten Frage unangiebig war. Die Sozialdemokraten erklärten, daß unter solchen Umständen eine Intervention der Politiker gar keinen Zweck habe, und daß die Sache dadurch zu einer rein gewerkschaftlichen geworden sei. Die Regierung verhandelt zur Zeit mit den Beamten weiter. Inzwischen ist allerdings mit den Eisenbahnern ein Uebereinkommen zustande gekommen, das die von den freien Gewerkschaften aufgestellten Mindestforderungen im Wesen akzeptiert.

Wofür Frankreich Geld hat.

Paris, 5. Dezember. Die Staatskommission für Finanzen und jene für äußere Angelegenheiten wurden für heute nachmittag vom Ministerpräsidenten zu einer neuen Unterhaltung eingeladen. Poincaré empfing sie diesmal in Gegenwart des Kriegsministers Maginot, denn es handelt sich um den Milionencredit, der den Ländern der Kleinen Entente für Rüstungszwecke bewilligt werden soll. (400

Millionen für Polen, 300 Millionen für Südslawien und 100 Millionen für Rumänien). Der Reichsminister des Finanzministeriums Berger hat nach einer Reise durch die Staaten Mitteleuropas die Bewilligung des Credits empfohlen. Es scheinen sich aber zunächst einige Bedenken eingestellt zu haben, welche neue Ueberlegen notwendig machen. Wichtige Personen des Senates sollen der Ansicht sein, daß die Bewilligung dieser Anleihe die Staatskasse zu sehr belasten würde; man möge den in Betracht kommenden Staaten die Ausschreibung einer öffentlichen Anleihe in Frankreich empfehlen. Ueber diese Fragen soll heute in der Kommissionsitzung entschieden werden.

Der Ministerpräsident beleuchtete die Frage vom diplomatischen, militärischen und finanziellen Standpunkt und betonte insbesondere, daß die in Aussicht genommenen Bewilligungen durchwegs in Frankreich erfolgen werden. Die Kommission hat danach mit Stimmenmehrheit die Kreditvorschläge für Polen und Südslawien angenommen. In Uebereinstimmung mit den ausländischen Regierungen wird die Kommission demnächst über die Kreditgewährung an Rumänien verhandeln.

Die Javorinafrage.

Paris, 5. Dezember. Der Entscheid des ständigen Gerichtshofes in der Javorinafrage soll morgen publiziert werden.

Paris, 5. Dezember. Maurice Barres ist plötzlich gestorben. — Barres — ein Freund Poincarés — war ein Verfechter des extremen Nationalismus.

Budapest, 5. Dezember. (UAW.) Die kgl. Kurie hat heute das wegen Ermordung des Grafen Tisza gefällte Urteil, wonach der angeklagte Marcell Gattner eine 14jährige Zuchthausstrafe zu verbüßen hat, bestätigt. Das Urteil ist damit in Rechtskraft getreten.

Belgrad, 5. Dezember. Der hervorragendste serbische Chirurg Dr. Vojislav Subotić ist im 64. Lebensjahre einem Herzleiden erlegen.

Kristiania, 5. Dezember. Das zweite Komitee des Storting hat beschlossen, den Friedenspreis in diesem Jahr nicht zu verteilen. Der Betrag wird gemäß den Bestimmungen der Stiftung für das nächste Jahr zurückgehalten.

Vor der Entscheidung in England.

London, 5. Dezember. Die Kandidaten und ihre Agitatoren halten heute gegen 1000 Wahlversammlungen ab, womit die Wahlkampagne ihr Ende nimmt. Die Erregung ist bedeutend und in einigen Wahlbezirken kam es auch zu Gewalttätigkeiten, um die Redner zu verhindern, sich Gehör zu verschaffen. Die Führer der Arbeiterpartei, aus deren linkem Flügel sich die krawallierenden Elemente rekrutieren, verurteilen ihr gewalttätiges Auftreten, da sie fürchten, daß durch die Wahlergebnisse der Partei leiden. Es ist sehr sicher, daß morgen nachts nur ungefähr 195 Wahlergebnisse und die weiteren 200 bis 300 erst freitags nachmittags bekanntgegeben werden können. Im Wahlkreis West Derbyshire werden Neuwahlen angedroht werden müssen, da der liberale Kandidat, der diesen Kreis seit dem Jahre 1918 vertrat, plötzlich gestorben ist.

Die Prognose über das Ergebnis der morgigen Wahlen lautet ganz verschieden, da alle drei Parteien behaupten, daß sie während der Wahlkampagne einen bedeutenden Fortschritt erzielt. Weder die Liberalen noch die Arbeiterpartei erwarten, daß sie im neuen Parlamente die absolute Mehrheit erreichen könnten. Bei diesen beiden Parteien handelt es sich nur darum, welche von ihnen die Mehrheit der Oppositionsummandate erhalten wird, um in Westminster den offiziellen Platz oder „Seiner Majestät“ Opposition einnehmen können. Die konservative Partei spricht die Ueberzeugung aus, daß ihr die morgigen Wahlen die Mehrheit über alle übrigen Parteien bringen. Der bisherige Außenminister Sir Robert S. Anderson sagte gestern abends in seiner Wahlverkündung voraus, daß die Konservativen morgen sämtliche bisher innegehabten 346 Mandate (die Zahl der Abgeordnetenliste beträgt 615) behaupten werden und daß es sich bei der Liberalen- und Arbeiterpartei nur um einen kleinen Unterschied der Abgeordnetenliste handeln wird.

Bulgariens Außen- und Innenpolitik.

Der Gesandte Bulgariens in Prag Herr Mihailtschew, äußerte sich zu uns über Fragen der bulgarischen Politik:

Der Gesandte kam zunächst auf die Rede des Abgeordneten Dubichy, die dieser im Laufe der Budgetdebatten im Abgeordnetenhaus hielt und in der er schwere Beschuldigungen gegen Mihailtschew erhob. Dubichy hatte bekanntlich zwei belastende Behauptungen aufgestellt. Er sagte, daß Mihailtschew ein Dienstmädchen Daskalows, welches der Mitschuld an seiner Ermordung verdächtig

Balwin Arm in Arm mit Poincaré.

London, 4. Dezember. In einer Wahlrede in Great Malvern erklärte der Premierminister auf die Anfrage, ob er eine Versicherung geben könne, daß er alles tun werde, was in seiner Macht liege, um Deutschland zum Zahlen zu bringen und den Franzosen die notwendige Unterstützung zur Erzwingung der Zahlung zu geben: „Die Antwort lautet bejahend. Es ist mir, wie ich glaube, gegliedert, die Entente mit Frankreich wiederherzustellen, aber ich wünsche hinzu zufügen, was ich bereits früher gesagt habe, daß ich an erster Stelle probrütisch bin.“

Lloyd Georges Friedensbemühungen.

London, 5. Dezember. Lloyd George erklärte bezüglich der Reparationsfrage, als Premierminister habe er der französischen Regierung vorgeschlagen, die Frage der Reparationen an den Völkerbund zu verweisen. Poincaré habe es abgelehnt, diesem Vorschlage zuzustimmen. Darauf habe er dasselbe der Regierung Bonar Law nahegelegt, sei aber auch hier auf Widerstand gestoßen. Bezüglich der Frage eines umfassenden Völkerbundes, der sobald als möglich alle Nationen einschließen sollte, antwortet Lloyd George, er habe den damaligen deutschen Kanzler in Genuea aufgefordert, dem Völkerbund beizutreten. Die britische Regierung, deren Haupt er (Lloyd George) gewesen sei, habe das Angebot gemacht, einen deutschen Antrag auf Aufnahme in den Völkerbund zu unterstützen. Es sei weiters wesentlich für die Leistungsfähigkeit des Völkerbundes, daß die Vereinigten Staaten Mitglied wären.

tigt ist, in seine Dienste aufgenommen habe, ferner, daß er in Sofia die Adresse Daskalows öffentlich bekanntgegeben habe. Demgegenüber erklärt Mihailtschew, daß das Dienstmädchen Daskalows einen Monat vor seiner Ermordung seinen Dienst verlassen und von Mihailtschew bloß wegen seiner Kenntnis der russischen Sprache, und zwar 1—2 Tage vor der Ermordung Daskalows, aufgenommen worden sei. Aus der Wohnadresse Daskalows hat Mihailtschew nie ein Geheimnis gemacht, weil sie so wie so selbst dem letzten bulgarischen Studenten in Prag bekannt war. Bankhändler, Zollämter und andere Unternehmungen, die Forderungen an Daskalow hatten, fragten bei der Gesandtschaft öfters nach der Adresse Daskalows und erhielten natürlich Auskunft. Die bulgarische Regierung habe ebenso wie der bulgarische Gesandte

in Prag mit der Ermordung Daskalows nichts zu tun. Die Kampagne eines Teiles der tschechischen Presse richtete sich nicht nur gegen die bulgarische Regierung, sondern sie schafft, wenn vielleicht auch unbeabsichtigt, eine Mißstimmung gegen das bulgarische Volk überhaupt. Der Gesandte führt hierfür einige Beispiele an. So brachten der „Venkov“, das „Ceste Slovo“, das „Prager Tagblatt“ und andere Zeitungen ein gleichlautendes Telegramm, das seine Quelle in der Wiener „Stunde“ haben dürfte, in welchem behauptet wird, daß der ungarische Oberst Bronah in Sofia vom Minister Stefanoff empfangen worden sei und daß bei einem Bankett der Regierungsparteien Bronah der Hoffnung Ausdruck gegeben habe, Magyariern werde gemeinsam mit Italien und Bulgarien gegen den Feind, gegen Jugoslawien, marschieren. Diese Nachricht bezeichnet Mihailtschew als Lüge, darauf berechnet, die Beziehungen zwischen Jugoslawien und Bulgarien zu vergiften. Bronah sei überhaupt nicht in Bulgarien gewesen, konnte also bei Stefanoff auch nicht empfangen werden. Der beste Beweis dafür, daß die bulgarische Regierung nicht reaktionär sei, sei der Umstand der Teilnahme der bulgarischen Sozialdemokratie an der Regierung. Die bulgarische Sozialdemokratie sei nun bald dreißig Jahre alt und ihre hervorragendsten Führer waren Mitarbeiter der Stuttgarter „Neuen Zeit“ und des Wiener „Kampf“, sie verfügten in der Internationale über wohlklingende Namen. Deshalb werde auch das Bestreben einiger Emigranten, die an Vanderveelde und Longuet schrieben und die bulgarische Sozialdemokratie anzuschwärzen versuchten, erfolglos abprallen.

Die bulgarische Sozialdemokratie habe an das Büro der Londoner Internationale eine ausführliche Denkschrift gerichtet, in der über die Ereignisse nach dem 9. Juni an die Internationale Bericht erstattet und in dem die Internationale ersucht werde, diesen Bericht in ihrem Bulletin zu veröffentlichen und allen sozialistischen Parteien, die der Internationale angeschlossen sind, zu schicken. Zum Schlusse werde die Internationale ersucht, zur Prüfung der bulgarischen Verhältnisse eine Kommission nach Bulgarien zu entsenden, der die bulgarische Regierung alle Freiheit gewähren werde und die ihr willkommen sein werde. Der bulgarische Sozialdemokrat Janko Salasow wollte vor einigen Wochen in Genf, wo er mit Führern der gewerkschaftlichen und politischen Arbeiterbewegung konferierte, unter anderem auch mit dem Direktor des Internationalen Arbeitsamtes Thommas. Er habe ganz Westeuropa bereist und mit Renand, Paul Faure, André Pierre, Vanderveelde gesprochen. Der Brüsseler „Peuple“ veröffentlichen eine ausführliche Darstellung der Haltung der bulgarischen Sozialdemokratie. In Berlin habe Salasow mit Otto Well, Müller, Hilferding, dem „Vorwärts“-Redakteur Stampfer und anderen Führern der deutschen Arbeiterbewegung gesprochen. Die deutschen Genossen hätten erklärt, daß sie wegen ihrer eigenen Sorgen der bulgarischen Arbeiterbewegung nicht die nötige Aufmerksamkeit widmen können.

Wien stehe leider — sagte der Gesandte — unter dem Einfluß der jugoslawischen Tendenzmeldungen; von dort kämen auch allerlei gegen Bulgarien stimmende Nachrichten. Die bulgarische Regierung sei ohne weiteres bereit, tschechoslowakischen Journalisten die Einreise nach Bulgarien zwecks Prüfung der dortigen Verhältnisse zu gewähren. Den von tschechischer Seite erhobenen Vorwurf der germanophilen Politik lehne der Gesandte ab. Wenn Ab. Dubichy sagte, daß Bulgarien die Brücke zwischen Deutschland und gegenwärtigen Zustand Deutschlands eine solche Brücke eine Brücke über Morlan wäre.

Ueber die innerpolitischen Verhältnisse Bulgariens erklärte Mihailtschew, daß am 18. November die Wahlen in die Sobranje stattgefunden haben, bei welchen die bürgerlichen Demokraten und die Sozialdemokraten 640.000 Stimmen, während die Kommunisten und Stambolijstianer 250.000 Stimmen auf sich vereinigen. Bei den vorhergehenden Wahlen errangen die Kommunisten allein 200.000 Stimmen, sie haben also ihren großen Einfluß zum großen Teile verloren. Die Wahlen hätten sich in vollster Freiheit vollzogen und es seien in den oppositionellen Parteien keine Beschwerden laut geworden. Die Sozialdemokraten errangen 30 Mandate. Ministerpräsident Jankow wählte die Wahl zwischen dem äußersten rechten Flügel, der nationalliberalen Partei und dem linken Flügel, den Sozialdemokraten, da diese 2 Extreme sich in der Regierung nicht vertrügen. Jankow wählte die Sozialdemokraten. Die Nationalliberalen, das sind die Anhänger Dr. Radoslawovs, stehen zur Regierung in schärfster Opposition. Am 9. Dezember soll die neu gewählte Kammer eröffnet werden, die die gesetzgeberischen Experimente Stambolijstis korrigieren werde.

Die Haltung eines Teils der tschechischen Presse findet der Gesandte unbefriedigend. So melde gerade die vorgestrigte „Cestoslavenka Republika“, daß am 28. November in Sofia eine Siegesfeier anlässlich des Sturzes Stambolijstis stattgefunden habe, bei der neben den bulgarischen Emblemen auch die Abzeichen Mazedoniens und Südserbens zu sehen gewesen seien. Demgegenüber erklärte der Gesandte, daß es sich nicht um eine Siegesfeier anlässlich des Sturzes Stambolijstis gehandelt habe, sondern um die Feier eines nationalen Gedenktages. Abzeichen Mazedoniens und Südserbens seien nicht verwendet worden. An der Feier nahmen die Mazedonier nicht teil. Gegenüber den Nachrichten von einem Greuelregime erklärte er, daß die bulgarische Regierung alle Aufständler mit Ausnahme der Anstifter, sogar auch jene, die mit Waffen in der Hand verhaftet wurden, amnestiert habe.

Die Geschäftsordnung.

Der Präsident des Senates ist in eine höchst feindliche, man kann wohl ohne Uebertreibung sagen, in eine schmutzige Affäre verwickelt. Der Präsident des Senates ist keine belanglose Person, seine Tätigkeiten und Eigenschaften mögen wie immer beschaffen sein. Er ist der Vorsitzende eines der beiden Häuser des Parlamentes, ohne dessen Zustimmung keine Vorlage, von gewissen nebensächlichen Ausnahmen abgesehen, zum Gesetz erhoben werden kann. Wegen ihm wird die Beschuldigung erhoben, er habe politische Parteien zu dem Zwecke bestochen, um eine private Gesellschaft, an deren Spitze er steht, Vorteile zu verschaffen — ein Vorwurf, der umso schwerwiegender ist, als derjenige, der ihn erhebt, sich nicht hinter einer feigen Anonymität versteckt, sondern mit seinem vollen Namen für die Beschuldigung einsteht. Das Organ einer der Koalition angehöriger Partei vermittelt diese Anschuldigungen der Öffentlichkeit, die gesamte deutsche und tschechische Presse sorgt für die weiteste Verbreitung. Der auf diese Weise Angeeschuldigte stellt ebenso, wie die beteiligten politischen Parteien alles in Abrede, ohne den gewünschten Erfolg zu erzielen.

In diesem Augenblick tritt der Senat zusammen. Die Mitglieder desselben sehen auf der Präsidententribüne den Mann, der in Verfolgung der privaten Interessen der von ihm geleiteten Gesellschaft, zu dem verwerflichen Mittel der Bestechung politischer Parteien gegriffen haben soll. Der Präsident des Senates vertritt nicht nur die Mehrheitsparteien, die ihn gewählt haben; er ist, oder soll sein, der unparteiische Führer des ganzen Hauses in dessen Leitung. Er muß maßlos dastehen, wenn eine gedeihliche Führung der parlamentarischen Geschäfte möglich sein soll. Es ist wohl das geringste, was jedes Mitglied des Senates von dessen Präsidenten fordern kann — eine moralisch einwandfreie Persönlichkeit.

Wir wollen jetzt weder von der Haltung Praxels, noch von jener der Mehrheitsparteien zu dem Antrage unserer Genossen auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses sprechen, so befreundlich beides sein mag. Aber es ist doch das selbstverständliche von der Welt, daß in einem solchen Falle jedem Mitglied des Hauses die Gelegenheit gegeben werden muß, im Wege einer Anfrage oder Erklärung, diese Affäre, die durchaus nicht die Sache Praxels oder der Mehrheit ist, zur Sprache zu bringen. Und da hat sich nun die merkwürdige Tatsache ergeben, daß die Geschäftsordnung und die brutale Handhabung derselben, sowohl seitens des Präsidenten, als seitens der Koalitionsparteien, eine solche Anfrage oder Erklärung unmöglich macht.

Sehen wie einmal die Geschäftsordnung des Senates an. Im Paragraph 18 werden die Gegenstände aufgeführt, welche Gegenstand der Verhandlungen sein können. Eine Anfrage oder Erklärung findet sich in der Aufzählung nicht.

Nun hat Präsident Praxel zu Beginn der Sitzung am 27. November eine Erklärung abgegeben, in der er die schon im Fehnerauschusse der Koalition erfolgte Ablehnung wiederholt. Unsere Genossen haben den Antrag gestellt, über diese Erklärung sofort die Debatte zu eröffnen. Dieser Antrag wurde vom Präsidenten unter Berufung auf den Paragraph 41 der Geschäftsordnung, wonach Debatten und Reden zu den Mitteilungen des Präsidenten nur gestattet sind, insofern die Geschäftsordnung dies ausdrücklich festsetzt, a limine abgewiesen, ohne über ihn abstimmen zu lassen. Paragraph 44 bestimmt, daß Reden zur Geschäftsordnung, persönliche und sachliche Bemerkungen, bloß nach Ermessen des Präsidenten gestattet sind; solche Reden dürfen nicht länger als fünf Minuten dauern. Das Verlangen unserer Genossen, auf Grund dieser Bestimmung eine Bemerkung machen zu dürfen, wurde vom Präsidenten statt abgewiesen. Endlich bestimmt Paragraph 69, daß jeder Senator den Präsidenten wegen seiner Verfügungen befragen kann, diese Anfrage ist schriftlich der Kanzlei zu überreichen, und sie ist binnen 14 Tagen zu beantworten. Auch ein diesbezüglicher Versuch wurde unter Hinweis darauf, daß es sich nicht um eine Verfügung des Präsidenten handelt, zurückgewiesen.

Und so geschah das Unerhörte, daß es nicht möglich war, die Angelegenheit auf geschäftlich-ordnungsmäßigem Wege zur Sprache zu bringen. Nur der Zufall, daß gerade auf der Tagesordnung das Gesetz über die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse stand, ermöglichte unserem Redner, die Spiritusaffäre zur Sprache zu bringen, wobei der amtierende Vizepräsident — allerdings ohne Erfolg — die Genossen von seinem Vorhaben durch wiederholte Rufe zur Sache und drohende Wortentziehung abzubringen.

Die Geschäftsordnung ist eines der infamsten Erzeugnisse der Revolutionsversammlung. Es ist schon unerhört, daß sich das Parlament seine Geschäftsordnung nicht selbst gegeben hat, sondern von einer fremden Körperschaft aufotrotzieren ließ. Und diese Geschäftsordnung, die ähneln kann wohl in keinem Parlament der Welt finden, wird durch die brutale Handhabung seitens des Präsidenten und der Mehrheit zu einer unerträglichem Fessel. Bekanntlich leben wir in einem demokratischen Staat. Das Wort „Demokratie“ fehlt niemals in einer Rede eines tschechischen Politikers. Die häufige Wiederholung erregt oft genug ein Gefühl von Weibselbstinden bei wirklichen Demokraten. Sehen denn zum mindesten diejenigen unter den tschechischen Parteien, denen die Demokratie wirklich herzensnahe ist, nicht ein, daß sie der Demokratie keinen schlimmeren Schaden zufügen können, als durch eine solch unmögliche Geschäftsordnung und durch die noch unmöglichere Handhabung

derselben. Wir sehen ein, daß sich die Mehrheit gegen Obstruktion schützen will; in einem auf Grund eines allgemeinen und gleichen Wahlrechtes gewählten Parlamentes darf es normal keine Obstruktion geben, welche die Beschlußfassung der Mehrheit unmöglich macht. Die Verhinderung der Obstruktion ist aber himmelweit entfernt von der Verhinderung einer Anfrage über Gegenstände, welche die gesamte Öffentlichkeit aufwählen, und welche den Senat

Die Spiritusaffäre.

Der Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses hielt eine Sitzung ab, in der Abg. Remes über Regierungsverordnung betreffend die Maßnahmen in der Spirituswirtschaft referierte. Er rekapitulierte in groben Umrissen die Ereignisse, die sich seit dem Umsturz bis zur heutigen Zeit auf diesem Gebiete vollzogen und beantragte, daß dem Abgeordnetenhause empfohlen werde, die vorliegende Regierungsverordnung dem verfassungsmäßigen Ausschusse zuzuwenden. In einem zweiten Antrag forderte er, daß die Regierung dem Budgetausschusse den mit der Spirituswirtschaft für die Bewertung des Spiritus abgeschlossenen Vertrag vorlege und drittens beantragte er, daß die Regierung aufgefordert werde, ein Spiritusgesetz vorzulegen. Remes konstatierte ferner, daß ihm die Erklärung des Präsidenten des Senates nicht genüge und daß es im Interesse der Reinheit unseres öffentlichen Lebens nötig ist, daß der Präsident des Senates der Öffentlichkeit einen Bericht erstatte, der alle Zweifel darüber, daß das Geld aus dem sogenannten Propagationsfond der Genossenschaft der Spiritusbrennereien nicht zu irgendwelchen Nebenzwecken verwendet wurde, ausschließt.

Genosse Laub hielt eine Rede, in der er die Spirituswirtschaft ausführlich behandelte und in der er schließlich folgenden Antrag stellte:

Die Regierung hat eine vom 1. August 1923 datierte Regierungsverordnung Zahl 173 erlassen, durch welche Vorkehrungen für eine vorübergehende Spiritusbewirtschaftung getroffen werden. Die Regierung beruft sich hierbei auf das Gesetz vom 15. April 1920. Gemäß Paragraph 1 dieses Gesetzes wird die Regierung ermächtigt, zur Regelung der durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen wirtschaftlichen oder gesundheitlichen Verhältnisse den Verordnungsweg anzuwenden, wo sonst ein Gesetz erforderlich wäre, wenn sich hierzu die

in der Person seines Präsidenten noch ganz besonders treffen. Es gibt wohl kein Mittel, die Demokratie zur Freude ihrer Gegner wirkungsvoller zu discredibilieren, als eine solche Geschäftsordnung, und eine Mehrheit, welche noch über das elende Nachwerk hinaus die Minderheit bergewältigt. Aus alledem gibt es nur eine Schlussfolgerung: Kampf gegen diese Geschäftsordnung bis zu ihrer völligen Beseitigung und Ersetzung derselben durch eine moderne, den Erfordernissen der Demokratie Rechnung tragende Geschäftsordnung!

bringen die Notwendigkeit ergibt, und wenn der mit der Vorlage der Angelegenheit an die gesetzgebende Körperschaft verbundene Ausschub der Angelegenheit abträglich wäre. Im zweiten Absatz dieses Paragraph 1 wird ausdrücklich festgesetzt, daß sich diese Ermächtigung nicht erstreckt auf die Regelung von Finanzverhältnissen, soweit Einzelpersonen mit öffentlichen Abgaben belastet werden. Es kann wohl nicht behauptet werden, daß es sich bei der Regelung der Spirituswirtschaft um Regelung durch den Krieg hervorgerufenen außerordentlichen wirtschaftlicher oder gesundheitlicher Verhältnisse handelt. Es kann auch nicht behauptet werden, daß nicht die Möglichkeit geboten gewesen wäre, die Angelegenheit, die seit geraumer Zeit der Lösung harret, der Nationalversammlung zur ordnungsmäßigen Beratung zu unterbreiten. Der Budgetausschuß ist vielmehr der Ansicht, daß mit Ablicht die Parlamentarische zur Erledigung der Angelegenheit benötigt wurde. Der Hinweis auf das Gesetz vom 15. April 1920 ist schon in Berücksichtigung des Absatzes 1 des Paragraph 1 nicht zutreffend. In der Verordnung wird aber im Paragraph 5 festgesetzt, daß für jeden Hektoliter Spiritus 8 Kronen 20 Heller an die Staatskasse abzuführen sind. Auf Grund des vorgerichteten zweiten Absatzes des Gesetzes vom 16. April 1920 §. 337 war also die Regierung nicht berechtigt, unter Ansehung an dieses Gesetz eine Lasten für Einzelpersonen zweifellos beinhaltenen Verordnung zu erlassen.

Der Budgetausschuß beantragt daher, dem Abgeordnetenhause, die Verordnung vom 1. August 1923 nicht zur Kenntnis zu nehmen.

Die Anträge Remes wurden angenommen und der Antrag des Genossen Laub rückgestellt, bis zu dem Zeitpunkt, da sich der Ausschub wieder mit der Spiritusvorlage beschäftigen wird.

Sodann wurde die Sitzung geschlossen.

Der Staatsvoranschlag

im Budgetausschuß des Senats.

Gestern vormittags hat der Budgetausschuß des Senates die Beratung des Budgets für das Jahr 1924 begonnen. Als Vorsitzender des Ausschusses fungiert Senator Jirasek.

Gleich bei Beginn der Sitzung hielt der Finanzminister Wexla ein kurzes Exposé. Er versprach nur im allgemeinen die nach seiner Ansicht eingetretene Ersparnisse im nächstjährigen Budget. Die Höhe der Staatsschulden kann nach den Angaben des Finanzministers erst dann endgültig festgestellt werden, wenn das ganze Reparationsproblem gelöst sein wird.

Ferner berichtete der Finanzminister, daß sich die Regierung mit der endgültigen Lösung der Kriegsanleihe beschäftigt und er hofft, daß diese Angelegenheit einer baldigen Erledigung zugeführt wird.

Hierauf sprach der Generalberichterstatter Dr. Horacek. Dieser bemängelte, daß der Voranschlag für das Jahr 1924 wiederum zu spät vorgelegt worden ist. Nach seiner Ansicht sollte der Voranschlag bereits Anfangs Oktober dem Abgeordnetenhause vorgelegt werden. Bei diesem Vorgange hätte das Abgeordnetenhause genügend Zeit zur Beratung des Voranschlags und auch der Senat würde freier verhandeln können, als es jetzt möglich ist. Der Generalberichterstatter führt auch Klage in der Richtung, daß die bei der Beratung des vorjährigen Budgets angenommenen Resolutionen von der Regierung überhaupt nicht oder ganz unzureichend erledigt wurden. Von dem Voranschlag selbst ist der Generalredner nicht ganz befriedigt, weil die Endzahlen des Voranschlags weniger gesunken sind, als es dem allgemeinen Preisabbauentpricht.

Nach dem Generalberichterstatter sprachen in der Debatte die Redner aller Parteien.

Genosse Jarolim erhob zunächst Protest gegen die im Eilzugtempo vorgenommene Beratung des Voranschlags. Durch derartige Verhandlungen wird die Entscheidung des Parlamentes über die Art des Staatsvoranschlags zur reinen Formalität herabgewürdigt. Im Verlaufe seiner Ausführungen sagt Redner, daß die Regierung die vielfach angekündigten Versprechungen bezüglich der Ermäßigung des Staatsvoranschlags nicht erfüllt hat. Sie hat durchgesetzt, daß zunächst bei den Staatsbeamten und hierauf in den privaten Betrieben die Löhne der Arbeiter und Angestellten um die Hälfte gekürzt worden sind. Als dieser konzentrische Kampf gegen die Löhne und Gehälter eingeleitet worden ist, hat die Regierung immer gesagt, daß dies notwendig sei, um die Ausgaben des Staates herabzudrücken zu können und unsere Volkswirtschaft neu beleben zu können. Genosse Jarolim beschäftigt sich auch mit den Zahlen des Budgets und verweist darauf, daß sich die Aus-

gaben im Jahre 1924 gegen das Vorjahr knapp um eine Milliarde vermindern würden. Die über diesen Betrag hinausreichende Verminderung hält Redner für ein Jonglieren mit Zahlen. Im wesentlichen hat sich der Staatsvoranschlag also nicht allzusehr verändert. Die größte Ersparnis wurde bei den Staatsschulden erzielt, was aber doch nur darauf zurückzuführen ist, daß der Finanzminister eine ganz bestimmte Anzahl von Fällen gleich in einfach zurückgestellt hat. In diesem Falle kann also von einer Ersparnis kaum gesprochen werden. Bei den Ersparnissen im Budget des Ministeriums für Landesverteidigung wäre darauf zu verweisen, daß diese durch Verringerung der Mannschaftsgebühren und der Verpflegungskosten erzielt wurden, während gleichzeitig die Bezüge der Soldaten erhöht werden. Die Sachausgaben erfahren dagegen eine ganz unbedeutende Verminderung.

Ueber 25 Prozent der Gesamtausgaben des Staatsvoranschlags werden für die Bedürfnisse des Militarismus verwendet. Im Ministerium für Unterrichtswesen sollen aber 88 Millionen erspart werden.

Nach den bisherigen Erfahrungen werden das Opfer wiederum die Deutschen sein. Berücksichtigt man die Großhandelsindexzahl, so kommt man zu dem Schlusse, daß der Staatsvoranschlag für das nächste Jahr die Teuerungszahl um rund 8 Prozent übersteigert. Auf Grund des Finanzgesetzes soll der Finanzminister ermächtigt werden, über 600 Millionen durch Kreditoperationen einzubringen. Die Verzinsung und Tilgung der Staatsschulden verschlingt heute über 22 Prozent der Einnahmen und man kann sagen, daß mehr als die Hälfte der gesamten Einnahmen lediglich für den Militarismus und zur Deckung der Staatsschulden verwendet werden muß. Diese Summen werden vorwiegend aufgebracht auf indirektem Wege, während z. B. in England drei Viertel der gesamten Steuern auf direktem Wege und nur der Rest durch indirekte Besteuerung beschafft werden.

Die bedenklichste Steuer bei uns ist die Kohlensteuer, die in unserer Volkswirtschaft einen ungeheuren Schaden angerichtet hat, dessen Folgen noch heute nicht überwunden sind und an denen wir noch lange leiden werden.

Auffallend ist der Umstand, daß der Finanzminister im Eilvernehmen mit dem Obersten Kontrollrat ermächtigt wird, die Ersparnisse, die bei den andern Ministerien erzielt werden, zu verwenden. Dadurch wird aber das Recht der Nationalversammlung sehr beeinträchtigt, weshalb dagegen entschieden Einspruch erhoben werden muß. Redner weist ferner darauf hin, daß die Regierung dem Abgeordnetenhause noch immer nicht den Motivenbericht zur Sozialversicherungsvorlage zur Gänze vorgelegt hat. Die Regierung und die Koalitionsparteien haben die Beratung der Sozialver-

rechnungsvorlage im Sommer verhindert. Darüber hilft auch der leichte Witz des Ministers für Gesundheitswesen nicht hinweg, den dieser in der Obmannerkonferenz des Senates machte, als er sagte, daß den sozialpolitischen Ausschub des Abgeordnetenhauses niemand gehindert hätte, die Sozialversicherung zu beraten. Wir verlangen, daß die Beratungen der Sozialversicherungsvorlage schleunigst durchgeführt werden. Aus allen der angeführten Gründen sind wir nicht in der Lage, für den Staatsvoranschlag zu stimmen.

Um halb ein Uhr vormittags war die Generaldebatte beendet und es wurde gegen die Stimmen der Oppositionsparteien beschlossen, gleich in die Spezialdebatte einzugehen. Die Sitzung wurde unterbrochen und um 2 Uhr nachmittags wieder aufgenommen.

In der Nachmittags-sitzung wurde die Spezialdebatte über das Kapitel „Ministerratpräsidentium“ abgeführt. Hiezu sprach unter anderem auch Senator Genosse Rejzl. Er verweist darauf, daß die Deutschen bis zum heutigen Tage ohne Vertretung im Bodenantrags und stellt an die Regierung die Anfrage, wie sie sich zu dieser Sache verhält. Er unterbreitet einen Resolutionsantrag, in welchem die Regierung aufgefordert wird, einen Gesetzentwurf vorzulegen, auf Grund dessen das Bodenantrags der Nationalversammlung verpflichtet wird, innerhalb drei Monaten einen eingehenden detaillierten Bericht über seine bisherige Tätigkeit vorzulegen, insbesondere auch über das Ausmaß des bisher verteilten Bodens und Waldgebietes unter namentlicher Anführung der Personen, sowie unter Anführung des Uebernahme- und Uebergabepreises. Ferner beantragt Redner die Streichung des Dispositionsfondes.

Der Dispositionsfond ist ein Korruptionsfond, da niemand weiß, wer das Geld, das in diesen Fond fließt, erhält. Redner wandte sich schließlich dagegen, daß die amtlichen Zeitungen eine Schutzkonkurrenz gegenüber der übrigen Presse darstellen, da sie zu billigeren Preisen erhältlich sind.

Der tschechisch-kerilale Karas reflektierte auf diese Äußerungen Rejzls und meinte, daß es auch schon im alten Oesterreich einen Dispositionsfond gegeben habe. Mit nichts anderem, als mit der altösterreichischen Unsitte, weiß also die Koalition, die so gern „entösterreichert“, den Replikensfond zu begründen und zu verteidigen.

Ministerrat Ebl machte die interessante Mitteilung, daß die Regierung zwei Heller für ein Exemplar des Amtsblattes „Ceskoslovenska Republika“ hergibt.

Ein Exodus im Verfassungsausschuß des Senates.

Eine Sitzung des Verfassungsausschusses des Senates am 4. Dezember 1923 besaßte sich in der Hauptsache mit dem Gesetzentwurf über die Erzeugung, den Verkauf und die Aufbewahrung von radiotelegraphischen und radiotelephonischen Gegenständen. Dieser Entwurf wurde vom Abgeordnetenhause ohne Debatte angenommen. Gegen denselben erhoben sich jedoch von Seite der Handels- und Gewerbetreibenden, der tschechischen Hochschulen und verschiedener Verbände schwere Bedenken, welche im Verfassungsausschuß des Senates zur Einsetzung eines Subkomitees führten. Dieses befeitigte die schwersten Mängel des Gesetzes, welche sich insbesondere auf den Ausschub jedes Rechtsmittels gegen die Verweigerung der Bewilligung und auf die vollständige Willkür der Regierung bei Erteilung und dem Entzuge der Bewilligung bezogen. Als nun die Beratung im Verfassungsausschuß begann, zeigte sich, daß die Mitglieder der Regierungsmehrheit in der Zwischenzeit von der Regierung derart beeinflusst worden waren, daß sie vollständig umfielen, alle vom Subkomitee beschlossenen Änderungen wieder ablehnten und die Regierungsvorlage wieder herstellten. Auch alle von der Opposition, insbesondere von den Genossen Dr. Selzer und Polach gestellten Abänderungsanträge wurden abgelehnt. Dieses Vorgehen der Regierungsmehrheit war so unerhört, undemokratisch und zeigte, daß die Koalition die sachliche Mitarbeit der Opposition nicht wünscht, daß unsere Genossen und mit ihnen der anwesende Vertreter der deutschbürgerlichen Parteien den Sitzungsfall verließen, als der entscheidende § 9 der Vorlage wieder angenommen war. Ueber das Wesen und den Inhalt dieser Vorlage werden wir unsere Leser in einer der nächsten Nummern informieren.

Wexla's Zubericht. Die Blätter melden aus Olmütz: Bei dem Festmahle, das zu Ehren des Außenministers Doktor Wexla im „Károldom“ abgehalten wurde, antwortete der Minister auf einen Trinkspruch des Bürgermeisters Dr. Fischer mit folgenden Worten: „Den Optimismus, der unser Volk in den bösesten Zeiten des Kampfes befeuerte, dürfen wir auch heute nicht aufgeben. Dieser produktive Optimismus muß uns auch in Zukunft beherrschen. Wir brauchen keine Furcht für die Zukunft zu haben. Weder von Seite Deutschlands noch von irgend einer anderen droht unserer Selbstständigkeit Gefahr. Während der nächsten 15 bis 20 Jahre können wir ohne Furcht und Sorge leben. Die nationale und die demokratische Idee, die uns zur Freiheit verholfen haben, sichern auch unsere Zukunft. Zunächst müssen wir freilich Ordnung zu Hause schaffen. Das bedeutet nicht, daß es zu Hause keine Parteikämpfe geben darf. Ganz im Gegenteil. Diese sind aus vielen Gründen notwendig. Aber Parteikämpfe dürfen nicht über dem Staat stehen und bestimmten außerpolitischen Strömungen gegenüber müssen wir alle einig und geschlossen sein. Die nächste Zeit sei dem Ausbau und der Sicherung unserer Selbstständigkeit gewidmet.“

Tages-Neuigkeiten.

In sechs Minuten zur Wüste geworden.

Grauenvolle Einzelheiten über die Talsperrenkatastrophe in Oberitalien.

Rom, 5. Dezember. Der Arbeitsminister erstattete dem Ministerpräsidenten einen eingehenden Bericht. Danach gleiche das Tal einer vollständig gewordenen Wüste. Es gäbe keine Leidtragenden, weil die Familien vollständig zugrunde gegangen seien. Entgegen den Blättermeldungen, die den Schaden auf etwa 150 Millionen Lire schätzen, versicherte der Minister, daß im gegenwärtigen Augenblicke eine Schätzung unmöglich sei. Betreffs der Schuldfrage wird behauptet,

die Baufirma habe sich nicht an die ihr gemachten Vorschriften gehalten.

Vor allem sei der Bau zu schnell durchgeführt worden. Staatssekretär des Innern Finzi, erzählt, daß im Spital von Darso einige wenige Verletzte seien, daß aber in einem Hause 50 bis zur Unkenntlichkeit verstümmelte Leichen ausgebahrt liegen und neben ihnen zahlreiche Teile von menschlichen Leichnamen. An den Wiederaufbau sei derzeit nicht zu denken. Das wichtigste sei, die durch die Katastrophe abgeschnittenen Täler mit Lebensmitteln zu versorgen, bevor der Schnee hereinbräche. Die Zahl der Todesopfer schätzt der Staatssekretär auf ungefähr 500.

Die Katastrophe habe sich in wenigen Minuten abgespielt, in welchen etwa sechs Millionen Kubikmeter Wasser auf das Tal niederstürzten.

Der Ministerrat wird sich morgen mit den Maßnahmen befassen, welche die Regierung zur Vinderung des Unglücks beschließen soll. Der Papst hat die erste Hilfe, 25.000 Lire, zu Händen des Bischofs von Bergamo und 15.000 Lire zu Händen des Bischofs von Brescia, gespendet.

Christlicher Rebhahn.

Unter diesem Titel schreibt die „Konsumgenossenschaft“: Die Firma Langer u. Köhner in Jägerndorf, die offenbar ihren Malz- und Feigenlaffee auf normalen Wege nicht an den Mann zu bringen vermag, hat ihren Feigenlaffeepräparaten an Bargeld beigelegt, um die Konsumenten durch Verhinderung von Geldgewinn zur Abnahme des Feigenlaffees zu verleiten. Nunmehr hat das Ernährungsministerium den Vertrieb solcher Prämienwaren verboten. Was tut die Firma Langer u. Köhner? Sie überschwenkt Kaufleute und Konsumvereine mit einem Zirkular: „Durch Verbot von Seite des Ministeriums für Volksernährung wurde jede Verleihe von Bargeld in Paketen unteragt. Wir werden nun unsere Einführungsprämien in anderer Form u. Verteilung bringen. . .“ Die Einsicht und Besonnenheit der Konsumenten soll also auf andere Weise torumpiert werden, wobei das offene Jugendsündnis, daß das Verbot des Ministeriums umgangen werden soll, jedenfalls bezeichnend ist.

Ein anderes Flugblatt dieser Firma wendet sich an die Kaufleute und Konsumvereine mit der Bitte, die Adressen von christlichen Vereinen, beziehungsweise den Namen des Herrn Pfarrer des betreffenden Ortes bekanntzugeben. Gleichzeitig wird ein Flugblatt beigelegt, in welchem ein Ausschluß zur Errichtung eines deutschen Knabenseminars die Seite der Firma Wunsch, Schludernau, die Schuhwische der Firma Langer u. Köhner, Jägerndorf, und den Malzextrakt der Firma Wittner, Raase, zum Kauf empfiehlt, weil diese christlichen Firmen sich in großmütiger Weise bereit erklärt haben, einen Teilbetrag von den Einnahmen aus dem Verlaufe der genannten Artikel dem Bau eines deutschen Knabenseminars zu widmen. Ueberdies stellt ein Probst sich und auch Gott in den Dienst dieser Kellame, indem auch er ein Kellamerflugblatt an die Kaufmannschaft richtet, das mit den Worten schließt: „Gott vergelte Ihre Mühe!“ Und schließlich wird eine Preisliste der Firma Langer u. Köhner, in welcher u. a. Schankli, re, Kümmerl, Pfefferminz, Kräuterbitter, Korn und Branntwein angepriesen und ein Spezialoffert auf andere Vikorforten in Aussicht gestellt wird.

Desu bemerkt die „Konsumgenossenschaft“: Wir haben uns hier nicht über die Dringlichkeit und Volksnotwendigkeit von Priesterseminaren zu äußern, zumal der Seminaraustrich, welcher die Zukunft der deutschen Priester vom Vertrieb von Schuhwische und Feigenlaffee abhängig macht, für solch religiöse Dinge allein kompetent ist. Uns interessiert es auch nicht, warum der schwerreiche Klerus, statt für seine eigenen Institutionen sein eigenes Geld herzugeben, sich auf Kompagniegeschäfte mit gerissenen Fabrikanten und Branntweinhändlern einläßt. Daß aber unter dem Vorwand religiöser Betätigung eine gläubige Bevölkerung veranlaßt werden soll, „echt christlichen“ Firmen zu einem bequemen Rebhahn zu verhelfen, müßte jeden wahren Christen schamrot machen, wenn solche Scham nicht schon längst stumpf geworden wäre, weil das Christentum zu jenem blühenden Geschäft wurde, welches der üppig wuchernde Kapitalismus aus ihm gemacht hat, und einstige heilige Diener Gottes nur noch von jenen Salben triefen, mit denen ihre Auftragsgeber geschmiert sind.

Das einer deutschnationalen Parteileitung passieren kann. Die großdeutsche Landesparteileitung für Tirol hat an den Gemeinderat Johann Burtscher in Götting ein Schreiben gerichtet, in dem sie ihm für seine aufopfernde und treue Mitarbeit bei den Nationalratswahlen den wärmsten Dank ausdrückt und ihn bittet, jetzt erst recht nicht zu erlahmen. Das Schreiben schließt mit den Worten:

Die ganze künftige Arbeit muß nun auf eine straffe Organisation eingestellt sein, an der es auch diesmal noch arg gefehlt hat. Grundsatz dabei muß sein, besser wenige, aber arbeitsfreudige und treue Mitarbeiter, als mehr und unzuverlässige, wie es auch diesmal vorgekommen ist.

Dazu schreibt die „Arbeiterzeitung“: Es muß wohl stimmen, daß es der großdeutschen „Volkspartei“ an einer straffen Organisation fehlt, sonst wäre es ihrer Leitung schwerlich passiert, daß sie den Gemeinderat Burtscher, der sozialdemokratischer Vertrauensmann ist, für einen der Ihrigen gehalten hat. Die großdeutsche Parteileitung scheint sich ebenso wie über die Zahl ihrer Wähler über die ihrer Vertrauensmänner bisher Illusionen hingegossen zu haben. Trotzdem wird ihr Wunsch, in Zukunft noch weniger Mitarbeiter zu haben als bis jetzt, gewiß in Erfüllung gehen.

Reform des Rechtsstudiums. Wie das „Prager Abendblatt“ meldet, wird in den Kreisen des Professorenkollegiums der Prager tschechischen Rechtsfakultät folgende Reform beantragt werden: Das vierjährige Rechtsstudium soll weiter bestehen. Der historische Teil der Studien soll von drei auf zwei Semester reduziert werden. Als neuer Prüfungsgegenstand wird Rechtsphilosophie eingeführt. Das dritte Rigorosum wird in zwei Rigorosen verteilt werden, so daß künftig zur Erlangung des Doktorates vier Rigorosen notwendig sein werden. Der Prüfungsstoff des dritten Rigorosums soll drei Gegenstände enthalten: Verfassungs-, Verwaltungs- und Völkerrecht, das des vierten Nationalökonomie, Finanzwissenschaft und Rechtsphilosophie. Die Taxen sollen verbilligt werden: Statt der bisherigen 280 Kronen pro Rigorosum sollen 250 Kronen gezahlt werden. Diese Verbilligung erscheint allerdings recht problematisch, da die Gesamtsumme, die bei den drei bisherigen Rigorosen bisher 840 Kronen gemacht hat, bei dem Systeme von vier Rigorosen auf 1000 Kronen steigen würde.

Unsere Toten. Gestern wurde in Böhmen Veipa der Restor der Leipziger Sozialdemokratie, Genosse Karl Schmidt, zu Grabe getragen. Genosse Schmidt gehörte noch zu den Mitarbeitern des Schiller-Jeff und war einer der Begründer der alten österreichischen Sozialdemokratie. Bei dem „Geheimbundprozess“ im Jahre 1882 wurde er nach zehmonatlicher Untersuchungshaft zu drei Monaten schweren Kerker verurteilt. Als aufrichter, der Arbeiterbewegung mit ganzer Kraft ergebener Genosse, hat er auch in den Folgejahren viele Schikanen und Verfolgungen erdulden müssen. In den letzten Jahren ist Genosse Schmidt infolge seines hohen Alters nicht mehr aktiv in der Arbeiterbewegung hervorgetreten. In der nordböhmischen Arbeiterchaft wird das Andenken Schmidts, dieses ihres Vorkämpfers, immer fortleben.

300.000 Kronen für die Arbeitslosenfürsorge wurden in der letzten Sitzung der Reichsregierung in der Bezirksverwaltungscommission bewilligt. Da nämlich in dem Voranschlag für das Jahr 1924 für diese Zwecke gar nichts vorgesehen war, stellen unsere Genossen in der Bezirksverwaltungscommission den Antrag auf Einsetzung von 300.000 Kronen für diesen Zweck in den Jahresvoranschlag. Dieser Antrag wurde, obwohl sich die bürgerlichen Vertreter — wie ja nicht anders zu erwarten war — gegen dessen Annahme ausgesprochen, mit Mehrheit angenommen. Gleichzeitig wurde beschlossen, die Gemeinden aufzufordern, einen Betrag in gleicher Höhe aufzubringen. In Fällen, wo eine Gemeinde außerstande ist, dieser Verpflichtung nachzukommen, wird das Präsidium der Bezirksverwaltungscommission ermächtigt, auch ohne Erfüllung dieser Verpflichtung Unterstützungen zu gewähren.

Die Affäre im Prekdeparlament des Ministerpräsidentiums. Das tschechoslowakische Prekdebureau meldet: Der Vollzugsausschuß der koalitierten Parteien verhandelte über die neuerlichen Beschuldigungen, die in den „Lidove Reviny“ und anderen Wäitern über den angeblichen Mißbrauch der Verwendung von Geldern des Prekdeparaments beim Ministerpräsidenten für Privatwörter einiger Beamten dieses Amtes veröffentlicht waren. Die Regierung machte über diese Angelegenheit die Mitteilung, daß sie den ganzen Fall bei allen kompetenten Organen eingehend untersuchen ließ und daß man nach den Ergebnissen der Untersuchung keinem von den durch die Presse beschuldigten Beamten weder einer Unehrlichkeit oder Gewinnsucht vorwerfen kann. Der Vollzugsausschuß der koalitierten Parteien nahm diese Mitteilung der Regierung einstimmig zur Kenntnis.

Beißt gegen das „Rude Brávo“. Ueber Ansuchen des Finanzministers Bečka hat, wie die „Rárodní Listy“ melden, der Justizminister die Einleitung des Strafverfahrens gegen das kommunistische „Rude Brávo“ angeordnet. Das Blatt, hat in einem Artikel unter dem Titel „Der Kreis der Verdächtigen in der Spiritusaffäre erweitert sich“, den es der „Wirtschaft“ entnommen hatte, den Finanzminister und die „Zivnobanka“ angegriffen.

Wenn nichts mehr hilft, so sollen Gebete helfen! Das tschechoslowakische Prekdebureau meldet aus Rajchau: In Oana, an den tschechoslowa-

tsch-magyarischen Grenzen wurde am Sonntag ein Mann angehalten, welcher einen Ballen von Heiligenbildern mit Gebeten für die Wiederherstellung der Integrität Magyarariens über die Grenze schaffen wollte. Diese irrenden Bilder sollten in der ganzen Slowakei verbreitet werden.

Sowjetkongresse. Aus Moskau wird berichtet: Der zweite Kongreß der Sowjetverbände-Republikan ist für den 2. Januar und der erste Allrussische Kongreß der Sowjets für den 16. Januar einberufen.

Neuorganisation der serbischen Kirche. Die Belgrader Blätter melden, daß in kürzester Zeit der Stupschitina die Entwürfe zweier bedeutender Besche über die Neuorganisation der serbischen orthodoxen Kirche und das Konkordat, welches mit dem Vatikan abgeschlossen werden soll, vorgelegt werden. Beide Entwürfe werden vorher dem Ministerrate vorgelegt werden.

Der Kampf gegen die Krebskrankheit. Die Kommission der Professoren an der Münchener medizinischen Fakultät erkannte dem Professor der Kopenhagener Universität F. A. G. Fibiger für seine Arbeiten in der Forschung über die Heilung des Krebses den Preis von 500 Dollars zu. Der Preis wird aus dem Fonds dotiert, den die amerikanische Doktorin Frau Nordhoff-Niung im vergangenen Jahre gegründet hat. Fibiger ist Professor der anatomischen Pathologie und der erwähnte Preis wurde ihm in Anerkennung der Ergebnisse zuerkannt, die er bei den Heilversuchen an Tieren erzielte.

Ueberschwemmungen in Ránten und Krain. Aus Graz wird gemeldet: Ein Hochwasser der Save richtete gewaltige Verheerungen an. In Woche in erkrankten drei Personen. In Gurksfeld steht die Hälfte der Häuser unter Wasser. Auch die Elektrizitätswerke sind stark beschädigt. Die Savebrücke im Lichtwald stürzte ein. Die Stadt Landstraß ist von der Gurt überschwemmt. In der Baranya sind viele Landstriche übersutet. Aus Agram wird berichtet, daß infolge der Ueberschwemmung die Getreidepreise sehr gestiegen seien. Infolge des Lanwetters nach den jüngsten starken Schneefällen gab es in den Seitengraben des Gailtales viele Lawinstürze und Erdbaustrüßungen, wodurch Vahschette verschüttet wurden. Nun ist vielfach Hochwasser eingetreten, das an Brücken und Wegen, aber auch an Gebäuden manigfache Schäden anrichtete. In Wáderndorf mußten mehrere Häuser von den Bewohnern geräumt werden.

Der geschiedene und doch noch verheiratete Bauer. Aus Frankfurt wird folgendes lustige Geschichten erzählt: Zwei Justizwörter von hier haben allerdings eigenartige Streiche begangen, die zu einem gerichtlichen Nachspiel führen werden. Die beiden hatten u. a. auch Kenntnis davon, daß ein Landwirt sich scheiden lassen wollte und Klage bereits eingereicht war. Eines Tages erschienen sie in seinem Haus und behaupteten, ein Protokoll ausnehmen zu müssen, wobei sie es sich an das Bauern Tafel gut schmecken ließen, der die „hohen Herren vom Gericht“ devot empfing und die Kosten des Scheidungsprozesses mit rund achtzig Billionen Mark beglich. Dafür bekam er nachher ein Scheidungsurteil zugesellt, das als Unterschrift die Namen Ebert, Stresemann und Hilferding trug. Der „glücklich“ Geschiedene soll sehr erstaunt gewesen sein, als er hörte, daß seine Billionen juttch, seine Frau aber noch da war.

Das tschechoslowakische Postwesen. Nach den „Mitteilungen“ des Statistischen Staatsamtes waren in der tschechoslowakischen im Jahre 1922 im ganzen 4605 Postanstalten, hievon 3775 Postämter und 830 Postablagen. Befördert wurden insgesamt 749.534.760 Briefsendungen; hievon waren portopflichtig: 558.556.796 Briefe, 185.310.060 Korrespondenzkarten, 128.924.380 Drucksachen (eingerechnet Blindendrucke und gemischte Sendungen), 1.952.548 Geschäftspapiere und 7.370.220 Warenmuster, hingegen waren 67.420.756 Briefsendungen portofrei. Von der Gesamtzahl der beförderten Briefsendungen waren 38.647.336 relokombierte. Mit Zeitungsmarken frankierte Sendungen (Zeitungen) sind 231.961.776 Stück befördert worden, Wertbriefe (Schachteln) und Pakete 21.603.556 Stück. Aufgegeben wurden 10.317.438 Postanweisungen im Gesamtbetrage von 3090.500.338 K.; ausgezahlt wurden 10.072.483 Postanweisungen mit 3039.573.177 K. Inländische Nachnahmeforderungen sind 3.501.223 Stück eingelangt. Insgesamt waren bei der Post 40.761 Personen (darunter 21.589 Angestellte) beschäftigt, hievon 3423 bei den Verwaltungsgängern und 37.338 beim Postbetriebsdienste. Die gesamten Einnahmen des Post-, Telegraphen- und Telefondienstes betragen im Jahre 1922 902.277.474 K., die Ausgaben 809.494.872 K. — Das Postfachamt hatte zu Ende des Jahres 1922 67.114 Kontoinhaber; eingelegt wurden im ganzen 76.843.658.496 Kronen und ausgezahlt 76.899.620.229 K. — Die Gesamtlänge aller Telegraphenleitungen betrug im Jahre 1922 20.796.9 Kilometer; Telegramme wurden 20.343.510 befördert. Die Länge des Lokaltelesphonnetzes betrug 14.613 Kilometer, die Drahtlänge 167.416 Kilometer. Die Länge der Linien der interurbanen Leitungen betrug 12.889 Kilometer (die Drahtlänge 76.941 Kilometer). Telephonzentralen gibt es 1348, Abonnementstationen 85.717. Rufgespräche sind 169.014.238, interurbane 7.567.759 gezahlt worden.

Ausstellung für Kultur und Wirtschaft, Augg 1924. Ueber den Umfang der Ausstellung, die im Jahre 1924 in Augg stattfindet, teilt uns deren Geschäftsleitung mit: In der Abteilung Kultur werden Erziehung und Unterricht, Geistes- und Kunstpflege, körperliche Erziehung sowie Gesundheits- und Volksmobilitätsfrage zusammengefaßt werden. Unterrichtsmittel, künstlerische Hilfsmittel und Kunstgegenstände schließen sich an. Sie alle sollen das Beständige für die körperliche und geistige Ausbildung und Erziehung der heranwachsenden Jugend und für das Streben in der Kunst vertiefen. Neben der

körperlichen Erziehung wird sodann durch die Gesundheitspflege Aufklärung über die verheerenden Volkskrankheiten gegeben. In der Abteilung Wirtschaft wird neben interessanten geschichtlichen Studien über die Entwicklung der verschiedenen Industrien und Gewerbe besonders betont werden, wie die Industrie den wirtschaftlichen Forderungen des neu gebildeten Staatswesens dienstbar sein kann. — Es ist bereits heute die Gewähr dafür geboten, daß der Ausstellung zu ihrem Aufbau die Mithilfe aller in Frage kommenden Interessentkreise sicher ist. Die Ausstellung wird so durch eine konzentrierte industriell-gewerbliche Ausgestaltung und durch scharf umrissene Vortragssolgen ein eindrucksvolles und beweiskräftiges Gesamtbild jahrzehntelanger kultureller und wirtschaftlicher Regsamkeit bieten.

Das seltsamste Blumenland der Erde. Noch vor wenigen Jahren galt Hawaii, die größte Sandwich-Insel, für das Blumenparadies der Welt. Die fortgeschrittene Kultur hat jedoch die reichhaltige Flora des Landes sehr gelichtet. Viel der farbenprächtigen Blumen des Eilandes haben seltsame Eigentümlichkeiten an sich. So blüht der Hau-Baum nur einen einzigen Tag im Jahr. Seine Blüten öffnen sich am Morgen und schließen am Abend ihre Kelche. Ueber Nacht fallen sie ab und bedecken die ganze Landschaft mit einer rötlich weißen Schicht, die an im Morgenlicht schimmernden Schnee erinnert. Eine seltsame Pflanze ist auch der Hau-bile. Er blüht nur am Tage, und was noch seltsamer ist, seine Blüten wechseln von Zeit zu Zeit die Farbe. Der Koa-li-Awahu zählt ebenfalls zu den eigentümlichsten Pflanzen, deren Farbe dem Wechsel der Jahreszeit wechselt. Während seine Blüten am Morgen in tiefem Purpur leuchten, sind sie mittags grün und schillern beim Untergang der Sonne in dunklen Saphirblau. Viele Blumen auf Hawaii blühen nur während der Monate April und Mai. Die größte Anzahl jedoch trägt das ganze Jahr hindurch Blüten. Ihre Früchte sind zum großen Teil essbar und dienen den Eingeborenen als Nahrung. Bemerkenswert sind auch die prächtigen Orchideenarten, deren Farbenspiel von unbeschreiblicher Schönheit ist. Eine Art ist als sogenannter „Fliegenfänger“ bekannt. Ihre Blüten schließen sich, sobald ein Insekt eingedrungen ist. Andere wiederum strömen einen betäubenden Duft aus, der die in der Nähe flatternden Schmetterlinge wie gelähmt zu Boden streckt. Eine von Botanikern sehr gesuchte Orchideenart ist die „Stundenuhr“, die einmal im Jahre und nur eine Stunde lang blüht. Von den vierhundert Arten, die in Hawaii früher gezüchtet wurden, sind jetzt nur noch wenige vorhanden. Es wird wohl kaum lange währen, bis auch diese der modernen Kultur zum Opfer gefallen sein werden.

Wetterüberblick vom 5. Dezember. Die Niederschläge wiederholten sich auch am Dienstag im ganzen Staatsgebiet. In Böhmen trat in den Tagesstunden eine mäßige Erwärmung ein, jedoch in der darauffolgenden Nacht sank die Temperatur unter den Gefrierpunkt. (Prag — 4 Grad C., Budweis — 6 Grad C.) Im Osten ändert sich der Temperaturzustand nicht. — Wahrscheinliches Wetter heute: Vorwiegend trüb, neuerliche Niederschlagsneigung, Temperatur wenig verändert.

Prager Chronik.

Vergnügungsabgabe in allen Nachtlokale. Nach einer Meldung des „Veder“ soll die Vergnügungsabgabe, die bis jetzt nur in luxuriösen Räumlichkeiten eingehoben wird, auf alle Lokale in Prag, die bis ein Uhr nachts geöffnet sind, sowie auf sämtliche Tanzlokale ausgedehnt werden. Tanzlokale — gemeint sind die verschiedenen Bars — gibt es in Prag im ganzen 41.

Aus dem Polizeibericht. Dienstag abends kam es in der pyrotechnischen Fabrik Hajek in Wrschow in der Abteilung für Kalkenerzeugung infolge ungeschickter Manipulation zu einer folgenschweren Explosion, wobei der 35jährige Arbeiter Josef Jataky und die 17jährige Arbeiterin Anna Jarolim aus Wrschow schwer, der Arbeiter Josef Blazek und die Arbeiterin Christine Zika aus Wrschow leicht verletzt wurden. Bei den Rettungsarbeiten entstand eine zweite Explosion, bei welcher der Werkmeister Johann Janeba aus Wrschow Brandwunden im Gesicht und an den Händen erlitt. Die Verletzten wurden ins Allgemeine Krankenhaus überführt, wo die schwerverletzte Arbeiterin Jarolim in kurzer Zeit ihren Verletzungen erlag. Auf der Unfallstätte erschienen die Feuerwehren von Prag, Ruße, Wrschow und Wrschow, die den Fabrikarbeitern bei den Rettungsarbeiten behilflich waren. Durch die Explosion wurde das gesamte Warenlager arg beschädigt. Die Höhe des Schadens ist bisher noch unbekannt.

Ein toll gewordener Stier. Der Zikower Fleischer Rudolf Wlcek ließ gestern an der Mauer der Karolinenthaler Schlachthalle einen Stier, der an einen eisernen Ring angebunden war, stehen. Gegen 11 Uhr vormittags riß sich der Stier plötzlich los und rannte durch die Podiebradgasse. Entsetzt suchten die vorübergehenden Passanten vor dem scheu gewordenen Stier das Weite. Erst einem Wachmann gelang es, das Tier anzuhalten.

Von fahrenden Züge zermalt. Gestern gegen 8 Uhr früh fuhr der 13jährige Knabe Ropcechy mit dem Zuge von Chwala-Posthern nach Karolinenthal zur Schule. Bei der Einfahrt des Zuges stand er auf dem Trittbrett. Pöhllich glitt er ab und der Zug schleifte ihn bis zur Hälfte der Brücke, die zur Bohaninzel führt, wo er unter die Räder fiel und bis zur Unkenntlichkeit zermalt wurde. Der Leichnam wurde in das pathologische Institut übergeführt.

Genialität, Irrsinn und Vererbung.

Was ist Irrsinn? Wir wissen so wenig über die subtile physiologische Tätigkeit des Gehirns, daß es für uns unmöglich ist, die Veränderungen und Abweichungen, wie sie im kranken Gehirn vor sich gehen, zu erklären. Wir wissen, daß bei den gefundenen Neugeborenen alle Nerven mit der ihnen innewohnenden Entfaltungskraft vorhanden sind. Wir wissen ferner, daß bei Schwachsinnigen und Idioten die Anzahl der Nerveneinheiten und deren Potenz ungenügend sind, um in Verbindung mit den physiologischen Funktionen des menschlichen Organismus ein gesundes Ganzes zu ergeben. Daß diese Abweichungen vom normalen Zustand eines Gehirns verschiedenartig ist, ist bekannt. Bekannt ist auch, daß die geistige Minderwertigkeit nicht immer gleichbedeutend ist mit einer Erkenntnischwäche. Die Formen der geistigen Erkrankungen sind ungemein verschieden, der Weg von den verblödeten, vertörten, allen verbrecherischen Instinkten unterworfenen Individuen bis zum exzentrischen, übernervösen Menschen ist weit. Wo beginnt also der Irrsinn? Wir betrachten einen Menschen als geisteskrank, wenn sein Denken, Fühlen und seine Handlungen nicht mehr mit den Gewohnheiten und Gepflogenheiten der Gesellschaft übereinstimmen, zu der er gehört. Es ist allerdings schwer, eine genaue Grenze zwischen Exzentricität und Irrsinn einerseits und Irrsinn und Verbrechen andererseits zu ziehen. Beide Gruppen sind Ausprägungen einer geistigen Degeneration und treten einzeln oder auch gehäuft in Erscheinung. Viele exzentrisch Degenerierte sind geisteskrank, werden aber gebildet, ja, in zahlreichen Fällen von ihren Mitbürgern bewundert, wenn ihre abweichende geistige Verfassung Spuren von Genialität zeigt. Einige der berühmtesten Männer auf dem Gebiete der Kunst, Wissenschaft und Literatur waren geisteskrank, wie Nietzsche, oder entstannten, wie Turner und Bacon von geisteskranken Eltern. Julius Caesar und Napoleon waren Epileptiker, Mohamed und Martin Luther litten an Wahnvorstellungen, und doch sind sie von weltgeschichtlicher Bedeutung. Der geniale Grabe, der berühmte französische Novellist Guy de Maupassant, König Friedrich Wilhelm IV., alles Männer, deren geistige Fähigkeiten unweifelhaft dastehen, starben im Wahnsinn. Es steht mithin fest, daß Genialität und Irrsinn einander nicht ausschließen; es ist aber ebenso sicher, daß die mit dem Irrsinn gepaarte Genialität untergeordneter Bedeutung ist, daß der Irrsinn vorherrscht und als Ueberspanntheit, Hysterie, Unruhe und Zerstreutheit in Erscheinung tritt und die genialen Fähigkeiten des Individuums unterdrückt. Zwischen dem geisteskranken Genie und gefunden Personen von Genialität gibt es eine Menge von Individuen, die talentiert, aber unglücklich, ernst, aber fröhlich, energisch und doch abgepannt sind. Die Grenze zwischen dem Normalen, geistig gesunden, und dem degenerierten Menschen ist so verwickelt, die Ausprägungen psychischer Fähigkeiten so verschiedenartig, daß man Wunder über Recht geben muß. Der englische Gelehrte sagt nämlich: „Die Natur wiederholt sich nie: unerlässlich ist die Vergleichsmöglichkeit zwischen Chateaubriand und Shakespeare, Jean Jacques Rousseau und Goethe!“

Wie ist es nun mit der Vererbung der geistigen Eigentümlichkeiten einzelner Individuen? Schon Voltaire hat lange vor der Vererbungslehre die Vererblichkeit des Charakters behauptet. Und doch weist die Statistik nach, daß gerade der genialste Einfluß in der Nachkommenschaft verloren geht. Es ist höchst selten der Fall, daß bedeutende Männer geistig hervorragende Söhne oder Töchter hinterlassen. Umgekehrt haben aber die Größten der Weltgeschichte unbedeutende El-

tern gehabt. In einem interessanten Buch: La Genèse du Genie von Robinovitch findet sich die bemerkenswerte Tatsache, daß von 74 der größten Genies nur zehn erstgeboren waren. Meist waren die Eltern bei der Geburt großer Männer in reiferem Alter. Tatsächlich erfolgt die Zeugung am ehesten, wenn die Zellulärpotenz auf dem Höhepunkt ist. So selten eben die Genialität vererbt wird, um so häufiger tritt die Vererbung der Entartungsmerkmale auf. Der hereditäre Charakter der Degeneration zeigt sich am deutlichsten in Geschlechtern, die durch Inzucht einer vollständigen Entartung verfallen. Wir sehen es bei den Juliern, deren Linie mit dem epileptischen Julius Caesar beginnt und mit dem total vertörten Nero ihr Ende findet. Auch im spanischen Königshause können dieselben Tatsachen beobachtet werden. Dort hat die 350 Jahre lange Inzucht eine Degeneration zur Folge gehabt, die in mannigfaltigen Formen als Epilepsie, Melancholie, Hypochondrie und Wahnwitz bei vielen Mitgliedern dieses königlichen Hauses in Erscheinung getreten ist. Die Vererbung dieser Symptome erklärt sich ebenfalls durch die Entartungsmerkmale in der österreichischen Linie dieses Hauses, die so oft mit der spanischen eheliche Verbindungen eingegangen ist.

Kleine Chronik. Die Auswanderungsmöglichkeiten.

Im nachstehenden bringen wir eine Uebersicht über die Auswanderungsmöglichkeiten nach den verschiedenen Ländern der Erde. Bei den angeführten Ländern ist nur das nichtdeutsche Ausland angegeben. Deutschland und Oesterreich sind demnach in der Ausfuhr nicht enthalten.

In Frankreich und England sind, besonders im letzteren, die Arbeitsplätze überfüllt. Jugoslawien hat seit Anfang des Sommers eine zunehmende Arbeitslosigkeit, so daß an Zugang nach dort im allgemeinen nicht zu denken ist.

Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Holland, die Schweiz und die baltischen Länder erteilen nur Einreiseerlaubnisse, wenn Bedarf an Arbeitskräften vorliegt. Da jedoch in all diesen Ländern Arbeitslosigkeit herrscht, wird die Einwanderungsmöglichkeit einfach illusorisch.

Rußland scheidet praktisch gänzlich aus. Will man in das große Ostland wandern, dann muß man schon irgendwie verwandtschaftliche Beziehungen nachweisen können oder die Sowjetregierung muß an dem Einwanderer ein persönliches Interesse haben. Auch für Siedlungen kommt Rußland, das muß besonders hervorgehoben werden, fürs erste nicht in Frage.

Nach Spanien ist die Einreise frei. Die Erwerbsmöglichkeiten sind dort äußerst gering, denn das Land selbst, wie hinlänglich bekannt ist, unter innerpolitischen Unruhen.

In Italien ist die Einreise frei. Es ist dort aber schwer, einen ausreichenden Erwerb zu finden und man darf eigentlich nur die Reise antreten, wenn man schon einen festen Arbeitsvertrag in der Hand hat und zudem auch noch über Vermittel verfügt.

Griechenland erteilt bei Vorliegen eines Arbeitsvertrages ein Visum. Es herrscht dort Arbeitslosigkeit und die politischen Verhältnisse des Landes sind an und für sich noch sehr ungeklärt.

Rumänien bietet in vereinzelt Fällen Beschäftigungsmöglichkeiten für gelernte Arbeiter, erteilt aber immer nur ein Visum für 30 Tage. Der Eingewanderte muß also stets mit der Möglichkeit der Auswanderung rechnen.

Die Türkei war, als die Entente noch in Konstantinopel herrschte, für Deutsche verboten. Jetzt ist die Einreise frei, aber ein Bedarf an Menschenmaterial ist nicht vorhanden.

Afganistan suchte Ärzte, Ingenieure und Handwerker. Es hat seinen Bedarf genügend aufgeföhrt. Die Bedingungen waren keine günstigen und die Ausgewanderten haben kontraktlich nicht genügende Sicherheiten, sobald sie erkrankten.

Nordamerika gestattet die Einreiseerlaubnis nur gegen Bürgschaft und nur solange, als die Quote, die jedem Land zugebilligt ist, nicht aufgeföhrt ist. Kontraktarbeiter, Künstler ausgenommen, werden nicht gelandet. Man darf also keinen Arbeitsvertrag haben, wenn man nach Nordamerika auswandern will. Die Anstellungsmöglichkeiten sind im Lande gering. Landarbeiter werden in gewissen Gegenden gesucht. Ungelernte und angelernte Arbeiter finden vielleicht Unterkommen, die gehobenen Stellungen aber reserviert der Amerikaner schön für sich.

Südamerika gestattet die Einwanderung. Es bleibt jedoch ein großes Risiko, ohne Aussicht auf feste Tätigkeit dorthin zu reisen. Während der Ernte gebraucht man Arbeiter, die später wieder entlassen werden. Argentinien gestattet die Einwanderung nur noch Landwirten und solchen Personen, die eine feste Anstellung oder zwei Bürgen nachweisen.

In Britisch-Indien und Niederländisch-Indien ist die Einreise frei, aber mit Unkosten verknüpft. Die Plantagen sind teilweise bis zu 50 Prozent geschlossen und selbst Ingenieure und Techniker, die die Regierung dorthin holte, sind entlassen worden.

Ägypten hat keine deutschen Firmen, so daß man praktisch mit der Einreiseerlaubnis nicht viel anfangen kann.

Australien, Neuseeland und die Südpazifik-Inseln sind nur den Reichdeutschen verboten.

In Südafrika herrscht große Arbeitslosigkeit. Man ist dort dem Deutschen gegenüber nicht abgeneigt und hat volles Verständnis für den Wert der deutschen Arbeitskraft.

In China und Japan ist die Einreise frei. Doch haben beide Länder ungemein tüchtige Handwerker, die so anpruchlos sind und so billig arbeiten, wie der Deutsche bei seinen ganz anderen Lebensbedürfnissen es nie und nimmer kann. Zudem haben beide Länder einen Bevölkerungszuwachs, so daß selbst Japan bei seinem Wiederaufbau seiner fremden Hände und Köpfe bedarf.

Der Besuch meldet sich wieder. Aus Rom wird vom 5. d. M. gemeldet: Der Besuch ist fortgesetzt in Tätigkeit. Das Observatorium erklärt, daß derzeit kein Grund zu Besorgnissen besteht; es würde nur das im Jahre 1906 geschaffene neue Becken mit Lava gefüllt.

Die Signale der Straßenhändler von Tokio. „Weder Feuer noch Erdbeben haben die Straßenhändler von den Straßen Tokios vertreiben können, und das Wesen des alten, romantischen, malerischen Japan lebt in ihnen noch ungedrungen fort, mitten in der westlichen Kultur, die eingedrungen ist.“ So beginnt der Toller Berichterstatter der „Times“ eine Schilderung des japanischen Straßenhändels und seiner wunderlichen Einrichtungen. „Da gehen sie mit ihren Wagen von Haus zu Haus, von Hütte zu Hütte, verkaufen auch die fast solonartigen kleinen Wohnungen in den Parks und auf den Wägen nicht. Die Zeitungverkäufer sind die auffälligsten. Aber das sind keine stinken Burgen, die mit lautem Geschrei die letzte Ausgabe anrufen, sondern es sind würdige Herren, die ganz in derselben Weise, mögen sie nun 18 oder 80 Jahre sein, die Abendausgabe, die „Gogai“, feilbieten. An die Stelle der gelbenden Nase tritt das zarte Geklingel einer kleinen Handglocke. Und obwohl solche Klingen jede Stunde des japanischen Stadtebens durchtönen, so ist doch die Klingel des Gogaimannes nicht zu verkennen. Es ist ein beschwerender und garter Laut, den der blau gekleidete Auki mit seiner Spielzugglocke hervorbringt, gar

nicht passend zu dem Gelärm der Reuigkeiten und der Sensationsmeldungen, die die Zeitung bringt, dieses Kind einer fremden Zivilisation, das durch das Glück gleichsam erst im japanischen Leben heimisch wird. Die erste Nachricht vom Tode des Präsidenten Harding oder des Grafen Kato wird so in der japanischen Hauptstadt verbreitet unter der Begleitung des niedlichen Geklingels. Wandert man durch die Straßen, so hört man früher oder später ein durchdringendes oder anhaltendes Pfeifen, das von einem riesigen Insekt oder von der Sirene einer Fabrik herzuführen scheint. Aber es sind weder große Moskitos noch Fabriken, sondern es ist die Pfeife des wandernden Pfeifenreitners, der seine Dienste auf so schillernde Art anbietet. Strahlend, strahlend zieht er mit seinem wunderlichen Gerät von Prähnen und Bürsten, mit seinem kupfernen Wassertopf, dessen Inhalt durch einen kleinen Spiritusofen lockend erhalten wird. Den Dampf aus dem Topf läßt er durch die messingigen Pfeifen strömen, und wo immer Japaner Pfeifen rauchen, da werden sie angelockt von der Pfeife und dem feinen Dampf, die den Pfeifenreiniger verkündigen. Die Verkäufer von Medizinern und Drogen schreien mit einer Stange quer über den Schultern einher, an der sie ihre Holzkästchen mit Kräutern und Pfältern aufgehängt haben. An jedem Kästchen ist eine Eisenkappe, und während der Händler mit langsamen schwingenden Schritten dahinschweift, klingeln und klirpern die Metallstücke und machen eine raue Musik, die sich sehr deutlich von den langgezogenen Hornönen des Rudeverkäufers unterscheidet. Der Rudeverkäufer besucht hauptsächlich die Seitenstraßen, in denen die armen Leute wohnen, und entlockt seinem messingigen Horn eine kleine Melodie von vier Tönen, die besonders des Abends, wenn die Schatten herniederfallen, sich mit dem Klängen der Songs an den Tempeltüren zu einer geisterhaften Melodie vereinigt.“

Brennende Kohlenfelder in Kanada. Im nordamerikanischen Staate South-Dakota zieht sich zwischen dem White- und Cheyamafluß, rechtsseitigen Nebenflüssen des Missouri, ein eigenartiges Gebiet hin, das unter dem Namen „Bad-Lands“ bekannt ist. „Schlechtes Land“ ist es allerdings für den Farmer, der nicht bizarr geformte Felsenmassen, sondern tiefgründigen Wiesenboden sucht. Außerst interessant ist das Gebiet aber für den Geologen, der hier die Entwicklung eines gewaltigen, lang andauernden Feuers erkennt. Man vermutet, daß die in dem genannten Staate vorhandenen ausgedehnten Braunkohlenlager streckenweise in Brand waren und die älteren Gesteinsmassen metamorphosiert haben. Diese Theorie wird durch Beobachtungen gestützt, die neuerdings, wenn auch weit entfernt, gemacht wurden. Am Bearfluß, dem in den Madenzie River mündenden Abfluß des Bearfluß, im äußersten Norden Kanadas, liegt der Fort Normann genannte Polzei- und Pelzhandelsposten. In dessen Nähe sind jüngst bedeutende Petroleumfelder entdeckt worden, die einer näheren Untersuchung wert schienen. Im Verlauf dieser Untersuchungen stieß man auch auf große Kohlenlagerstätten, die in vollem Brande stehen. Ob das Feuer durch Selbstentzündung oder Blitzaufschlag entstanden ist und wie lange es schon andauert, ist eine offene Frage. Vielleicht handelt es sich um Jahrtausende. Brennende Kohlenlager sind auch von anderen Gegenden bekannt, so, um nur ein Beispiel aus Deutschland zu erwähnen, aus der Widauer Gegend in Sachsen, aber nirgends erreichen sie nur annähernd die Ausdehnung dieses kanadischen Brandlandes. Dieser gewaltige Brand beeinflusst die Frage, ob die in den Polarländern vorgefundenen fossilen Holzreste der Wälder sind, die in der Tertiärzeit bei höheren Wärmegraden als sie jetzt dort herrschen im Polargebiete wuchsen, oder ob sie nur angeschwemmtes Driftholz sind, wie es die Meeresströmungen noch jetzt dorthin führen. Die Verfechter dieser letzten Theorie dürften angesichts solcher gewaltiger brennender Massen doch schwankend werden.

Vater Goriot.

Von Honoré de Balzac.

„Glender Narr,“ sagte der Vater amüsiert, „mach, daß du fortkommst.“

„Nun, wenn Sie nicht gehen, so gehen wir anderen,“ sagte Bianchon.

Die Pensionäre machten sämtlich eine Bewegung zur Salontür.

„Aber, Fräulein Michonneau, was wollen Sie denn?“ rief Frau Vaquer. „Ich bin ruiniert. Sie können nicht bleiben. Es wird hier zu Ausschreitungen kommen.“

Fräulein Michonneau stand auf.

„Sie wird gehen! — Sie wird nicht gehen! — Sie wird gehen! — Sie wird nicht gehen!“ — Diese Worte und die wachsende Feindseligkeit veranlaßten Fräulein Michonneau, das Feld zu räumen, nachdem sie Frau Vaquer ihre Bedingungen zugeflüstert hatte.

„Ich gehe zu Frau Buneau,“ sagte sie drohend.

„Gehen Sie, wohin Sie wollen,“ sagte Frau Vaquer, die die Wahl der Pension, die als Konkurrenz galt, und die sie dementsprechend haßte, als eine bewußte Beleidigung empfand. „Gehen Sie nur zur Buneau. Sie werden Wein bekommen, der selbst Ziegen rabiat macht, und Essen, das bei Höfermännern zusammengelaufen ist.“

Schweigend gaben die Pensionäre, die zu beiden Seiten zurückgewichen waren, den Durchgang für die Michonneau frei. Poiret sah sie so zärtlich an und verriet seine Unentschiedenheit, ob er bleiben oder mit ihr gehen sollte, in so naiver Weise, daß die Pensionäre, froh, die Michonneau loszuwerden, laut zu lachen begannen.

„Xi, xi, xi, Poiret,“ rief der Vater. „Nur Mut, lauf mit!“

Der Museumsbeamte begann den Anfang

einer bekannten Romanze in grotesker Tonart zu singen:

„Auf dem Wege nach Orien traf der schöne junge Dunois . . .“

„Keine Umstände, Sie sterben vor Verlangen, trahit sua quemque voluptas,“ sagte Bianchon.

„Jeder folgt seiner Passion, freie Uebersehung nach Vergil,“ sagte der Repetitor.

Fräulein Michonneau sah Poiret an, sie machte eine Bewegung, als wenn sie seinen Arm nehmen wollte, da konnte er nicht widerstehen und bot der Alten diese Stütze. Es wurde laut gelacht und Beifall geklatscht. — „Bravo, Poiret! — Der alte Poiret! — Apoll-Poiret! — Mars-Poiret! — Tapferer Poiret!“

In diesem Augenblick kam ein Bote und überbrachte Frau Vaquer einen Brief. Als sie ihn gelesen hatte, brach sie auf einem Stuhl zusammen. „Es bleibt mir nur noch übrig, mein Haus anzustehen, der Blitz hat eingeschlagen. Taillefers Sohn ist um drei Uhr gestorben. Ich werde hart dafür gestraft, daß ich den beiden Damen auf Kosten des armen jungen Menschen Glück gewünscht habe. Frau Couture und Victorine bitten um ihre Sachen, sie werden beim Vater bleiben. Herr Taillefer gestattet seiner Tochter, Frau Couture als Gesellschafterin zu behalten. Vier leere Zimmer, fünf Pensionäre weniger.“ Sie war dem Weinen nahe. „Das Unglück ist über meinem Hause!“ rief sie.

Plötzlich machte ein Wagen vor dem Hause halt.

„Wieder ein neuer Schlag,“ sagte Sylvia.

Goriot erschien mit glückverklärtem Gesicht, man konnte an seine Verjüngung und Aufstärkung glauben.

„Goriot im Wagen!“ riefen die Pensionäre, „das Ende der Welt ist nahe.“

Der alte Mann ging direkt auf Eugen zu, der nachdenklich in einer Ecke stand, und griff nach seinem Arm. „Kommen Sie,“ sagte er strahlend.

„Sie wissen nicht, was hier vorgeht,“ sagte Eugen. „Wautrin war ein entwichener Strafling, er wurde soeben festgenommen, und der junge Taillefer ist im Duell gefallen.“

„Ja, was geht das uns an?“ antwortete Vater Goriot. „Ich esse mit meiner Tochter bei Ihnen, hören Sie? Sie erwartet Sie, kommen Sie.“

Er packte Rastignac so heftig am Arm, daß er ihn gewaltsam mit schleppte, er schien ihn zu entführen, als wenn er seine Geliebte wäre.

„Zu Tisch!“ rief der Vater.

Jeder nahm einen Stuhl und setzte sich.

„Tolle Sache,“ sagte die dicke Sylvia, „heute gibt's nur Unglücksfälle. Mein Hammel mit Kohl hat angefeht. Sie müssen ihn halt schon verbrannt essen, um so schimmern!“

Frau Vaquer fand nicht den Mut, ein Wort zu sagen, als sie nur zehn Menschen bei Tisch sah an Stelle der üblichen achtzehn; aber jeder gab sich Mühe, sie zu trösten und aufzuheitern. Die Externen unterhielten sich zuerst über Wautrin und die Ereignisse des Tages, aber sehr bald ließen sie sich vom Gespräch fortziehen und traten mitten in Erörterungen über Duell, Bagno, Justiz, Gefängnisse und reformbedürftige Gesezte. Bald waren sie tausend Meilen von Jacques Collin, Victorine und ihrem Bruder entfernt. Obgleich sie nur zehn waren, brüllten sie wie zwanzig und schienen zahlreicher als gewöhnlich; das war der einzige Unterschied zwischen dieser Wohlzeit und der des vorangegangenen Tages. Die gewohnte Sorglosigkeit der egoistischen Welt, für die die Ereignisse des nächsten Tages nur eine neue zu verschlingende Beute sind, gewann sehr bald das Uebergewicht. Selbst Frau Vaquer ließ sich durch die dicke Sylvia

trösten und beruhigen; der Köchin erschien die nächste Zukunft nicht ganz so trübselig wie ihrer Herrin.

Dieser Tag sollte bis zum Abend für Rastignac eine Fülle phantastischer Ueberschungen bringen. Trotzdem er seinen klaren Kopf hatte und sich zu beherrschen wußte, sah er wie entgeistert im Wagen neben Vater Goriot. Die Reden des alten Mannes verrieten eine ungewöhnliche Freude. Nach den Aufregungen der letzten Stunden drangen sie an Eugens Ohr wie Worte, die man im Traume vernimmt.

„Nun ist alles fertig. Wir werden alle drei zusammen essen, zusammen! Verstehen Sie? Es sind nun vier Jahre her, daß ich nicht mehr mit meiner Delphine, meiner kleinen Delphine, zusammen gegessen habe. Einen ganzen Abend werde ich sie für mich haben. Seit heute morgens sind wir in Ihrer neuen Wohnung. Ich habe wie ein Handwerker in Hemdsärmeln geschaffet. Ich habe Möbel geschleppt und aufgestellt. Ach, Sie wissen nicht, wie entzückend sie bei Tisch ist, sie wird für mich sorgen. „Papa, nimm doch von dem Gericht, es schmeckt so gut.“ Dann kann ich vor lauter Seligkeit nicht essen. Ach, es ist lange her, daß ich nicht ruhig neben ihr geseffen habe, aber nun wird es wunderschön!“

„Aber,“ fragte Eugen, „steht die Welt heute denn auf dem Kopf?“

„Auf dem Kopf?“ sagte Vater Goriot. „Wie stand sie so sicher in ihren Fugen wie in diesem Augenblick. Ich sehe nur vergnügte Gesichter auf der Straße, die Menschen schütteln sich die Hände, umarmen sich, alle sind so glücklich, als wenn sie zu ihren Töchtern führen, an dort an einem ledernen kleinen Wahl zu naschen. In meinem Beisein hat sie es beim Küchenchef des Cafés des Anglais bestellt. Aber neben ihr würde Galle süß wie Honig schmecken.“

(Fortsetzung folgt.)

Gerichtssaal.

Das Urteil im Hegermordprozess.

Nach dem Wahrspruch der Geschworenen, deren Beratung mehrere Stunden andauerte, fällte der Gerichtshof um halb 11 Uhr nachts das Urteil:

Josef Zidel wird zum Tode durch den Strang, Anna Svoboda zu zwei Jahren schweren Arztes verurteilt.

Die beiden anderen Angeklagten, der Lehrer Snizel und Holub, werden freigesprochen.

Prag, 5. Dezember. Vor den Prager Geschworenen hat heute ein Prozess sein Ende gefunden, dessen Verhandlung seit acht Tagen im Prager Oeffentlichkeitsklub stattfand. Es handelte sich um die Tötung eines Mordes, der, wie wir bereits vor einigen Tagen zu Beginn der Verhandlung berichtet haben, vor fünf Jahren begangen wurde. — Im Nachstehenden wollen wir den Lauf der Verhandlung nochmals zusammenfassen:

Nach der Anklageschrift wurde am 5. Mai 1918 in einem Walde bei Schwarz-Kostelec die Leiche des Hegers Franz Souzvikla aufgefunden. Der Heger war durch einen Schuss ins Herz getötet worden. Die Gendarmerie hat damals, da es sich offensichtlich um einen Mord handelte, sofort umfassende Erhebungen anstellen lassen, und hat auch einige Tage später den Häusler Franz Zidel aus Selmelitz als der Tat dringend verdächtig verhaftet. Zidel, der damals im österreichischen Heer diente, und sich gerade zur Zeit des Mordes daheim auf Urlaub befand, war am Tage der Tat in der Nähe des Tatortes gesehen worden. Als Zidel sich einige Tage nach der Tat mit einer Schutzverleugung der rechten Hand im Prager Garnisonsspital meldete, wurde er verhaftet. Eine bei Zidel vorgenommene Hausdurchsuchung lieferte eine größere Menge von Schrotkörnern. Zu Tage, die mit dem in der Leiche des ermordeten Hegers aufgefundenen Bleikörnern identisch waren. Zidel wurde daher wegen Mordes vor das Divisionsgericht gestellt jedoch wegen Mangels an Beweisen freigesprochen.

Am 5. Mai 1923 meldete sich nun eine gewisse Susa bei der Gendarmerie und gab zu Protokoll, daß sie Zeugin des Mordes gewesen sei. Sie wäre am Tage des Mordes mit dem Heger in den Wald gegangen, weil dieser einer Bande von Holzdieben, unter denen sich auch Zidel befand, auf der Spur war. In der Nähe des Tatortes seien ihnen Zidel, der Lehrer Snizel, ein gewisser Holub, eine Frau Svoboda und ein Kuffe entgegengekommen. Alle Mitglieder dieser Gesellschaft seien bewaffnet gewesen. Die Susa habe sich aus Furcht in ein Dickicht versteckt und sei nun Zeugin der Auseinandersetzung zwischen dem Heger und den Holzdieben gewesen, die schließlich damit endete, daß Zidel viermal auf den Heger schoss, der sterbend zusammenbrach. Die Susa habe dann von den Mitgliedern der Bande noch Auskünfte wie „Erstlagts ihn, damit er einmal genug hat!“, „Bringt's ihn um!“, „Es hat uns ja niemand gesehen“, gehört.

14 Tage nach der Tat kam die Svoboda zur Susa und drohte ihr mit Brandlegung, wenn sie von dem Vorfall etwas verrate. Die Svoboda mußte demnach die Susa entweder gesehen haben oder sie hegte Verdacht, daß die Susa etwas wisse. Bei dem Verfahren gegen Zidel vor dem Divisionsgericht habe man die Susa als Zeugin nicht vorgelassen, da die Untersuchung nachlässig geführt wurde.

Auf Grund dieser Zeugenaussage wurde gegen die an dem Mord beteiligten Personen im Mai des heurigen Jahres das Verfahren eingeleitet. Zidel wurde wegen Mordes, die anderen Mitglieder der Bande wegen Mithilfe an diesem Verbrechen vor Schwurgericht gestellt.

Im Laufe der Verhandlung bestritten die Angeklagten bis zum letzten Tage ihre Schuld.

Der Hauptangeklagte Zidel erklärte mit Bestimmtheit, daß er den ermordeten Heger sowie seine übrigen Mitangeklagten früher nicht gekannt habe. Auch die übrigen Angeklagten wollen von dem Mord nichts wissen und stellen die Aussage der Susa als Unwahrheit hin.

Die Kronzeugin Susa

beharrete bei ihrer Einnahme auf ihrer Aussage. Sie machte aber oft so verworrene Aussagen und verwickelte sich manchmal so in Widersprüche, daß die Verteidiger der Angeklagten eine Untersuchung ihres Geisteszustandes beantragten. Dieser Antrag wurde jedoch vom Gerichtshof abgewiesen.

Im Laufe der Verhandlung wurde noch eine ganze Reihe von Zeugen einvernommen, die aber alle, da sie nur als Indizienzeugen geführt wurden, nichts wesentliches über die Vorgeschichte des Mordes oder über die Mordtat selbst hätten aussagen können. Als einzige Zeugin der Mordtat kann nur die Susa angesehen werden, deren Glaubwürdigkeit von der Verteidigung aber immer wieder angezweifelt wurde.

Nachdem gestern nachmittags die Verteidigungsreden gehalten wurden, vertagte der Vorsitzende die Verhandlung auf heute nachmittags. Der heutige Verhandlungstag war mit dem Rejumees des Vorsitzenden und der Beratung der Geschworenen, denen bekanntlich sechs Haupt- und sechs Eventualfragen gestellt wurden, ausgefüllt.

Todesurteil gegen einen deutschen General.

In contumaciam vor dem Kriegsgericht in Nancy.

Paris, 5. Dezember. In Nancy hat das Kriegsgericht des 25. Armeekorps gestern den deutschen General von Breittopf, Kommandeur der brit-

ten bairischen Division, in contumaciam zum Tode verurteilt. In der Klageschrift wird ausgeführt, daß die Truppen dieses Offiziers nach dem Einzug in eine Ortschaft im Arrondissement Lunéville am 22. August 1914 diese Ortschaft geplündert und dann in Brand gesteckt hätten, unter der Behauptung, daß die Zivilbevölkerung auf sie geschossen hätte. Die Truppen hätten angeblich ein halbes Duzend Einwohner, darunter ein junges Mädchen von 19 Jahren, namens Thomas, hingerichtet. Ein anderer Bewohner, der von einem bayrischen Soldaten durch einen Gewehrschuß verwundet worden war, sei von diesem Soldaten in ein brennendes Haus geworfen und dort bei lebendigem Leibe verbrannt worden.

Wirtschaft und Sozialpolitik.

Die neue Umsatz- und Luxussteuer.

Die Regierung hat der Abgeordnetenkammer den Gesetzentwurf, betreffend die Umsatz- und die Luxussteuer vorgelegt. Die Wirksamkeit des Gesetzes vom 12. August 1921 Nr. 321 der Sammlung der Gesetze und Verordnungen endet mit dem 31. Dezember d. J. Der neue Regierungsgesetzentwurf beläßt den Steuerfuß in der bisherigen Höhe, u. zw. bei der Umsatzsteuer 1 Prozent für landwirtschaftliche Produkte und 2 Prozent für die übrigen Waren. Bei der Luxussteuer bleibt der Satz von 12, beziehungsweise 19 Prozent aufrecht. Die Befreiung des bisherigen Satzes bei der Luxussteuer bedingt aber die Umkehrung des Verhältnisses der Steuer unterliegenden Gegenstände. Die Neuregelung des Verhältnisses, an welcher das Finanzministerium bereits gearbeitet, wird eine bedeutende Milderung zugunsten der Konsumenten bedeuten. Eine wichtige Neuierung neben verschiedenen speziellen Änderungen im Gesetze ist die Art und Weise, in welcher der neue Entwurf die Besteuerung der Einfuhr löst. Es wird nicht prinzipiell jede Einfuhr besteuert, sondern diesbezüglich der Regierungsverordnung freier Spielraum gelassen, wodurch ermöglicht wird, einzurichten, daß die Einfuhr nur in jenen Fällen besteuert wird, in welchen die heimische Produktion im Inlande mit dem Auslande deshalb zu konkurrieren nicht imstande ist, weil die ausländische Konkurrenz gegenüber den inländischen Lieferanten bezüglich der Umsatzsteuer im Vorteile ist.

Erleichterungen im Bewilligungsverfahren.

Im Amtsblatte wird eine Kundmachung des Handelsministers veröffentlicht, die gewisse Erleichterungen im Bewilligungsverfahren festsetzt. 140 Posten des Zolltarifs wurden insgesamt für die Einfuhr freigegeben. Vollkommen frei, das heißt ohne Bewilligungs- und Anmeldeverfahren, werden 36 Posten des Zolltarifs eingeführt werden. In das Anmeldeverfahren werden 104 Posten eingereiht. Nach dem Programm des Handelsministers stellen die Erleichterungen im Bewilligungsverfahren die erste Etappe der Verwirklichung der Freigabe des Außenhandels dar. Gleichzeitig werden weitere Kundgebungen bezüglich der Freigabe der Einfuhr in jenseitiger Zeit angekündigt. — Je rascher unser Außenhandel von den Fesseln des Bewilligungsverfahrens befreit wird, desto eher wird es uns möglich sein, günstige Handelsverträge mit allen Staaten abzuschließen. Hätte der Handelsminister schon früher Erleichterungen im Bewilligungsverfahren durchgeführt, wären wir imstande gewesen, einen besseren Handelsvertrag mit England als den geltenden abzuschließen.

Neue Richtpreise für Kohle. Ab 7. Dezember gelten neue Richtpreise für Kohle, die soden in einer Verlautbarung des Ministeriums für öffentliche Arbeiten bekanntgemacht werden.

Zum kommunistischen Betriebsrätekongress in Klado schreibt der „Glück auf!“, „Die koalitierten Verbände haben überhaupt keine Delegierten entsendet, und von den Revierräten war außer Klado, resp. Prag kein Delegierter anwesend. Die Angabe, daß 164 Schächte vertreten waren, ist ein kommunistischer Unsinn, da nach der Darstellung der „Internationalen“ nur 129 Personen aus allen Revieren anwesend waren. Die große Mehrzahl dieser Personen sind bloß Teilnehmer gewesen, weil sie von den Belegschaften nicht als Delegierte erwählt wurden. Der groß angekündigte Reichskongress der Bergarbeiterbetriebs- und Revierräte der Tschechoslowakischen Republik“ in Klado war nichts anderes, als eine Versammlung der kommunistischen Parteizentrale von 193 Personen, von denen 32 den tschechischen Rationalisatoren angehörten.

Der Streik in der Wiener Ankerbrosfabrik wurde gestern beendet. Es wurde eine Vereinbarung dahin abgeschlossen, daß ein Angestellter, über den sich die Arbeiter beschwert hatten, einen Krankenurlaub erhält und daß die Qualifikationslisten aufgelassen und durch eine Kommission ersetzt werden, die alle Beschwerden zu prüfen hat. Diese Kommission soll die Verbindung zwischen der Direktion und der Arbeiterschaft herstellen. In der Vollversammlung der Streikenden wurde heute die Vereinbarung angenommen und es wurde zugleich eine Resolution beschlossen, worin erklärt wird, daß die Arbeiter niemals etwas gegen die Angestellten gehabt haben und auch in Zukunft mit ihnen im Einvernehmen sein wollen. Der Streik habe sich nicht gegen die Angestellten, sondern gegen die Methode gerichtet, wie die Arbeiter behandelt werden.

Deutschlands Wirtschaftslage. Nach dem Bericht der preussischen Handelskammern ist im November keine Besserung der Wirtschaftslage eingetreten. Nur die Ernährung in den Städten be-

gann sich etwas günstiger zu gestalten, da mit der allmählichen Einführung wertbeständiger Zahlungsmittel die Zufuhren vom Lande zunehmen. Im besetzten Gebiete war die Lage trotzlos; die Wirtschaft blieb, von Ausnahmen abgesehen, stillgelegt.

Scherstreik in Budapest. Aus Budapest den 4. Dezember wird gemeldet: Die Scher des christlichen Organs „Uj Day“ stellten heute nachmittags die Arbeit ein. Gestern hatte das Blatt aus der Rede des Abg. Dr. Alexander Ernst einen Satz gedruckt, den der Vertrauensmann der Scher als für die Arbeiterschaft verlegend bezeichnete. Er erklärte, in Zukunft in einem ähnlichen Falle das Erscheinen des Blattes nicht zu gestatten. Aus diesem Grunde wurde er heute entlassen, worauf der Streik ausbrach. Der Journalistenverein wird sich in einer Ausschusssitzung mit dieser Angelegenheit beschäftigen.

Geringe Abnahme der Arbeitslosigkeit in England. Einer Verlautbarung des englischen Arbeitsministeriums zufolge, betrug die Zahl der Arbeitslosen in Großbritannien am 26. November 1.280.200, um 16.477 Arbeitslose weniger als in der vorhergehenden Woche und um 267.000 weniger als am 1. Januar dieses Jahres.

Erhöhung der Zölle in Norwegen. Das norwegische Storting beriet am 3. Dezember über eine Regierungsvorlage, betreffend eine vorläufige Erhöhung der Einfuhrzölle. Nach längerer Debatte wurde mit 104 gegen 36 Stimmen folgender Vorschlag angenommen: Die Regierungsvorlage wird als provisorisch angenommen, bis der betreffende Ausschuss die Sache behandelt hat und diese endgültig vom Storting entschieden ist. Gegen den Vorschlag stimmten Kommunisten, Sozialisten und zwei Angehörige der Liberalen. Die Erhöhung, die sich auf alle Zollsätze erstreckt, beträgt 79 Prozent. Ihr Erträgnis wird berechnet nach der Einfuhr 1921, auf 42 Millionen norw. Kronen veranschlagt. Der Beschluß tritt sofort in Kraft.

Vor einem teilweisen Scherstreik in Paris. Die Pariser Scher haben Dienstag beschlossen, bei denjenigen Firmen, die sich nicht zur Zahlung eines Stundenlohnes von vier Franken bereit erklärt haben, in den Streik zu treten.

Devikenturie.

Die tschechische Krone notiert in:

Görlitz	Schw. Frank	16,7750
Berlin	Mark	123,400,000,00000
Wien	östr. Krone	207800

Prager Kurie am 5. Dezember.

	Gold	Ware
100 holl. Gulden	1315.00	1319.00
1 Billion Mar.	7.95	7.85
100 belg. Francs	159.25	167.75
100 schweiz. Franc	608.75	608.25
1 Pfund Sterling	150.3750	151.8750
100 Lire	150.0000	151.5000
1 Dollar	4.6000	3.5000
100 franz. Francs	187.2500	187.7500
100 Dinar	38.9500	39.4500
10000 magrar. Kronen	17.2750	19.2750
1000000 poln. Mar.	8.00	10.10
10000 österr. Kronen	4.5900	5.0900

Aus der Partei.

Bezirksorganisation Prag. Wir machen alle unsere Mitglieder nochmals aufmerksam auf den heute abends 8 Uhr im Uraniasaal stattfindenden Vortrag des Genossen Rudolf Silberding (Berlin) über „Die Zerstörung der Weltwirtschaft“. Die Genossinnen und Genossen mögen sich die seltene Gelegenheit, einen der hervorragendsten Theoretiker des Marxismus zu hören, nicht entgehen lassen. Karten zu 3 bis 5 K sind an der Uraniakasse zu haben.

Bezirkskonferenz Kumburg. Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 8 Uhr im Schützenhaus in Kumburg Bezirkskonferenz. Tagesordnung: Berichte, Vortrag über unsere nächsten Aufgaben, Neuwahl der Bezirksleitung und Parteitag.

Wohnungsanmeldungen zum Parteitag. Wohnungsanmeldungen und etwaige Wünsche vom Bahnhof abgeholt zu werden, sind an Genossen Schiller, Kuffig, Kellermannstraße Nr. 1020 zu richten. Es ist anzugeben, mit welchem Zuge und an welchem Bahnhofe die Delegierten ankommen. Die Delegierten werden von Ordnern mit roten Armbinden erwartet, welche die Wohnungsanweisung übermitteln und alle sonstigen gewünschten Auskünfte erteilen. (Die Parteiführer werden um Nachdruck dieser Mitteilung ersucht.)

Umsonst
erhalten Sie mit Benutzung auf dieses Blatt franko zugesandt die kostenlose Preisliste der Fa.
„NOVITAS“ G. m. B. H. PRAG
Václavské nám. 23.

Inserieren Sie im „Sozialdemokrat“

Liebes-Ballete
nach Deutschland (Anhalt: Selbwaren) versendet
F. Schmelz & Co., Selbwarenfabrik, Prag-Ruditz, Oldrichova 42. Tel. 7502.
Preisliste gratis.

Kochendes Wasser + KIMI = ausgezeichnete Rindsuppe

Kunst und Wissen.

Spielplan des Neuen Theaters. Heute Donnerstag „Ein Waschenball“; morgen Freitag Gastspiel Leopold Kramer „Die Journalisten“; Samstag „Kida“; Sonntag, 11 Uhr „Zweites philharmonisches Konzert“, abends „Mädi“.

Spielplan der Kleinen Bühne. Heute Donnerstag, Freitag und Samstag „Dorine und der Zufall“; Sonntag halb 3 Uhr „Die kleine Sänderin“, Sonntag halb 8 Uhr „Die deutschen Kleinstädter“.

Urania.

Heute, 5 Uhr: „Kinderspielzeug und Allerlei für die Kleinen“, Karl Friedmann. Einzelkarten 5 K.

Heute, 6 Uhr: „Bilder aus der Vergangenheit unserer Erde“ mit Lichtb., Univ.-Prof. Liebus. Einzelkarten 4; Mitgl. 3 K. Vierte (letzte) Kurstunde.

Heute, 8 Uhr: „Die Zerstörung der Weltwirtschaft“, Dr. Silberding (Berlin). Karten 12—4, Mitgl. 10—3 K.

Kindermärchen-Nachmittag: „Schnee, witzigen und die sieben Zwerge“, Samstag, den 8. Dez., Kinosaal, 3 Uhr nachmittags. Dazu: „Päpder aus dem Kinderleben“ von Ludwig Richter mit begleitendem Vortrag. Karten: Kinder 3, Erwachsene 4 K, Logen 4 und 5 K.

„Flieger“, Kultur-Filmvorführung. Sonntag, 11 Uhr vorm., Kinosaal. Ein Flug vom Start bis zur Landung. „Lebesskizze“: Jagdszene in 3000 Meter Höhe. — Tollkühner Abprüfung mit dem Fallschirm. — Herrliche Naturansichten von den Alpen usw. Karten 2—7, Mitgl. 1—6 K.

„Die Sächsischen Schwelger“, Vortrag mit 60 Bildern. Sonntag, 9. Dez., 4 Uhr. Karten 4, Mitgl. 3 K.

Prof. A. Sommerfeld in der „Urania“, Montag, 10. 8 Uhr: „Die Struktur der Atome“. In der ersten Reihe der deutschen Physiker neben Einstein und Planck sich Professor Sommerfeld, der eben aus Amerika zurückgekehrt ist, wo er an 20 Universitäten Vorträge hielt und sehr gefeiert wurde. Karten 10—4, Mitgl. 8—3 K.

„Das Räthchen von Heilbronn“, Sonntag, den 9. Dezember, halb 3 Uhr nachmittags. Dritte Urania-Klassiker-Vorstellung. „Neues Deutsches Theater.“ Regie: Direktor Kramer. In der Titelrolle: Sonit Rainer. Außerordentlich ermäßigte Preise. Logen 24—56 K. Sitzplätze 3—13 K. Urania-Kaffe. Nikolander-Realschule. 1978

Urania-Kino.

„Der rote Reiter“. Erstaufführungen. Freitag halb 6 und 8 Uhr. Ein spannender Roman, an dem Sammelpunkt einer Weltstadt spielend, später in romanischen Gegenden Rumäniens. In den Hauptrollen: Fern Andra, Karola Toelle und Salm. Dazu: „Liefels Traum“, ein amüsiges Lustspiel voll Reiz und sprühender Laune. Die nächsten Vorstellungen: Samstag halb 6 und 8 Uhr mit gleichem Programm. Karten 3 bis 12 K. Urania, Zmelsky 22, Wehler. 1979

Herausgeber: Dr. Ludwig Czech und Karl Cermak. Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß. Druck: Deutsche Zeitungs-Druckergesellschaft, Prag. Für den Druck verantwortlich: C. Solth.



BADESEIFE
hat Welttruf